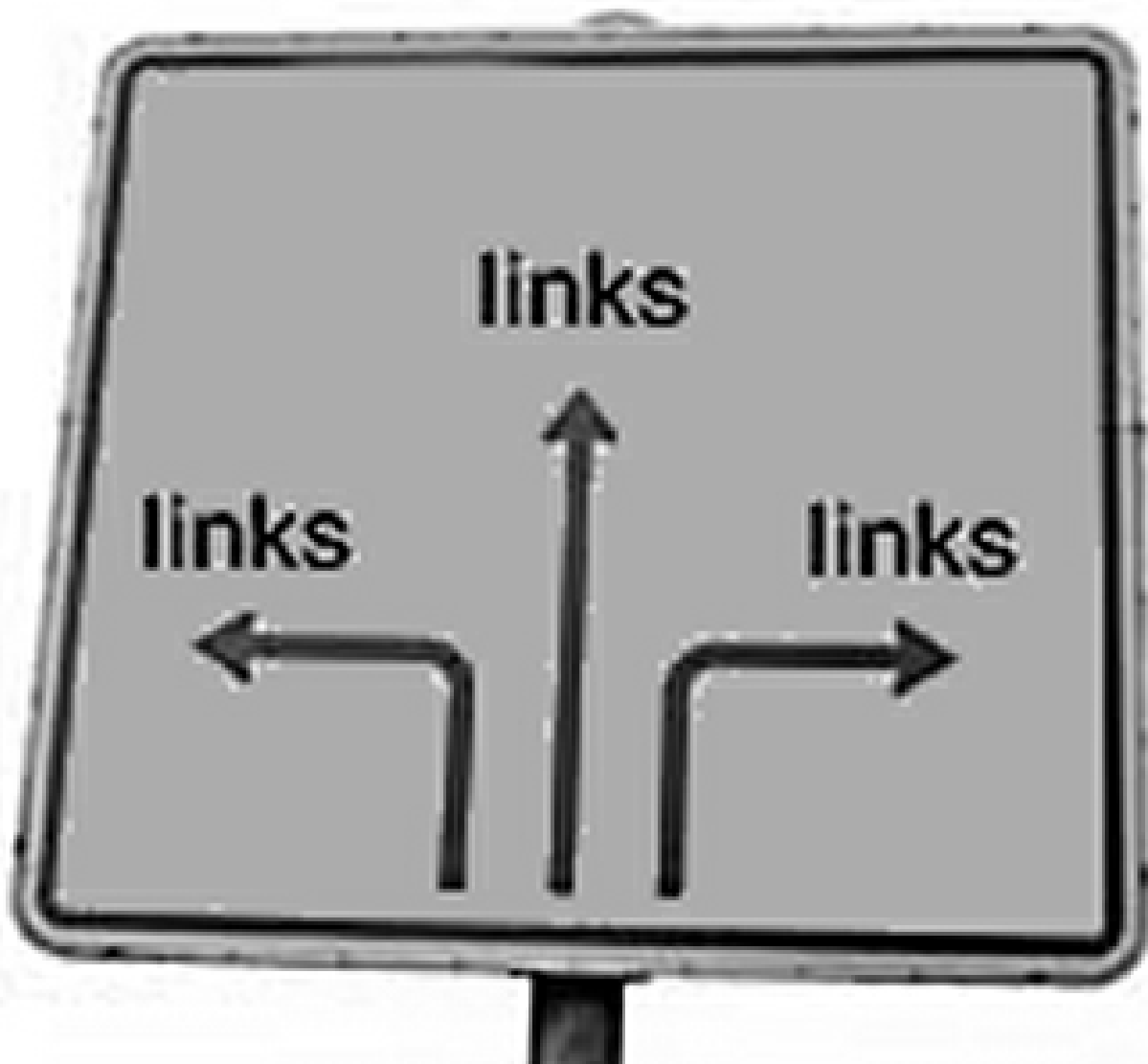


revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

ausgabe
nummer **30**

März / April 2006



Inhalt

"Die Putzplan-Nummer hat nie geklappt ..."	
10 Jahre Buntes Haus	Seite 03
Gute Zeiten, schlechte Zeiten .	Seite 05
AntiFa gewinnt mit deutlichem 4:1 Nazis hatten keine einzige Chance?	Seite 06
Celler Neonazis wieder als "Kameradschaft 73" aktiv . . .	Seite 08
EU-Fördermittel - Ziel 1 "Lahmarschige Art von Nicht-Politik"	Seite 10
20 Jahre nach Tschernobyl Atomkraft endlich beenden! . .	Seite 11
"...und am Ende muss doch ein Kompromiss stehen." Wieso eigentlich?	Seite 12
Landkreis scheitert vor Landessozialgericht	Seite 14
CDU/SPD kürzt jugendlichen Erwerbslosen das Geld	Seite 16
Leserbrief -Karikaturenstreit .	Seite 17
Euro!Millionäre in Celle . . .	Seite 17
Flüchtlinge in Celle Zur Geschichte von Bekim und Bafta Morina	Seite 18
Elefantenhochzeit: ECE geht mit Karstadt	Seite 19
Lokales - Meldungen	Seite 20
Neulich im Kapitalismus (oder Fressen die Kleinen einmal die Großen?)	Seite 22
Literatur Ein Meisterwerk der Verdrängung	Seite 23
Termine	Seite 23

Hallo Leute,

letztes mal gab's uns zu Weihnachten - jetzt zu Ostern. Na, dann mal auf in den Frühling.

Wir haben diesmal wieder mehrere Zuschriften von den verschiedensten Leuten erhalten - super, danke schön. Und wir haben auch alle unterbringen können.

Viel Spass beim Lesen und bis demnächst, die nächste Ausgabe kommt ca. Anfang Juni.

Eure revista-Crew

Liebling der Ausgabe:

1. (-) **Gerd Schomburg**
Tourismus-Experte ("Reisende kennen keine Scham")
2. (4) **Martin Biermann**
Integrationsexperte ganz ohne Angst vor Polizeiautos
3. (-) **Joachim Falkenhagen**
Arbeitsmarktexperte mit Faible für die 18 Minuten, muss zur Strafe nochmal 5 Jahre im Stadtrat absitzen
4. (-) **Matthias Krüger**
Wohnungsmarkt-Experte des Landkreises, hält trotz LSG-Urteil an 4,86 Euro /qm fest
5. (-) **Marc Seemann**
Missbrauchs-Experte der Arbeitsagentur, für Schnüffeln ohne Grenzen

Impressum:

Revista, Nr.30
Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro).

Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle

email: Revista@gmx.de .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner

Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001

K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"

Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!

<http://mitglied.lycos.de/Revista/>

"Die Putzplan-Nummer hat nie geklappt ..."

10 Jahre Buntes Haus

Über Weihnachten wurde schon gefeiert. Aber ansonsten ging das zehnjährige Jubiläum des Bestehens des Bunten Hauses ziemlich lautlos über die Bühne. Als im Januar 1996 das erste Konzert im neuen Zentrum stattfand, war nicht unbedingt zu erwarten, dass es die nächsten zehn Jahre überlebt. Wir wollen keinen großen Rückblick starten, aber mal nachfragen, wie der Stand der Dinge ist.



Warum gab es keine Geburtstagsfeier?

Weihnachten hatten wir ja schon das übliche große Familientreffen mit vielen Ehemaligen. Und dann war es doch sehr passend und für das Zentrum charakteristisch, sich nicht in betulichen Rückblicken zu ergehen, sondern sich den ganzen Geburtstagsmonat mit Info-

Veranstaltungen und Konzerten gegen den ursprünglich geplanten Naziaufmarsch einzumischen. Vielleicht basteln wir in den nächsten Wochen noch eine Ausstellung und machen im Sommer eine Jubiläumsfeier.

Die Veranstaltungen gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch waren, was wir so mit bekommen haben, ja auch außerordentlich gut besucht.

Ja klar. Da sind einige hundert Leute durchs Haus gegangen, vor allem natürlich bei den Konzerten. Aber auch die Info-Veranstaltungen waren sehr gut besucht. Und vor allen Dingen kann man schon festhalten, dass hier im Zentrum die einzigen inhaltlichen Veranstaltungen zum Neofaschismus gelaufen sind.

Konzerte bzw. Partys und auf der anderen Seite politische Veranstaltungen - dieses Konzept lässt sich ja auch über die ganzen zehn Jahren beobachten. Gibt es da Entwicklungen?

Eine Vorbemerkung ist nötig. Wir machen nicht ein Programm für ein Publikum, sondern: Das Bunte Haus ist ein selbstverwaltetes Zentrum, bei dem sich die Aktivitäten - also auch die Veranstaltungen - aus den Interessen und Bedürfnissen jener ergeben, die sich im Haus oder zumindest im Milieu bewegen. Nehmen wir als ein Beispiel die Konzerte. Die werden veranstaltet von Leuten, die Spaß daran haben, also den ganzen technischen und organisatorischen Aufwand zu bewältigen und dann auch den Kontakt zu den Bands und die Resonanz der BesucherInnen zu kriegen. Das läuft im Augenblick bestens. Zum einen, weil es neben der hausinternen Konzertgruppe mit "Josa" auch einen fitten Kooperationspartner gibt, so dass auch unterschiedliche Geschmäcker angesprochen werden. Zum anderen, weil das Konzept scheinbar gerade stimmt, also: drei, vier Bands an

einem Abend für relativ wenig Eintritt bei günstigen Getränkepreisen. Die Konzerte - wie übrigens auch die großen Dekadance-Partys - sind im Schnitt so gut besucht wie nie. - Die politischen Veranstaltungen auf der anderen Seite werden zur Zeit ja eher nicht vom Haus selbst, sondern von Initiativen gemacht, die ihre Treffen hier haben. Aber es gibt schon einen gruppenübergreifenden Diskussionszusammenhang, so dass man sagen könnte, zum einen werden politische Veranstaltungen zu Themen gemacht, die auf der Tagesordnung stehen - wie jetzt eben im Bereich AntiFa, zum andern geht's auch relativ klassisch um Bildungsveranstaltungen. Es wird also versucht, Möglichkeiten zur Information und zum Austausch über Fragen von Bedeutung oder Interesse zu geben.

Gibt's über die zehn Jahre eine Tendenz, was die Zahlen von BesucherInnen oder NutzerInnen betrifft?

Erfreulicherweise kann man sagen, dass die Nutzungsintensität über die Jahre permanent zugenommen hat. Konzerte und Partys sind so gut besucht wie nie. Im letzten Jahr hatten wir an die 8000 BesucherInnen. Die Alltagsnutzung gestaltet sich immer um die jeweiligen Interessen. Das heißt, Gruppen kommen und Gruppen gehen. Eine ganz erfreuliche Tendenz ist vielleicht, dass es nicht mehr vor allem SchülerInnen sind, wie in den Anfangsjahren, die das Zentrum schmeißen. Heute sind Auszubildende dabei, Arbeiter, Erwerblose, Zivildienstleistende usw. Und auch der Konflikt, den es mal mit Punks gab - alte Geschichten, die nicht mehr erzählt werden wollen -, ist seit längerer Zeit vom Tisch. Im Unterschied zu den ersten Jahren haben wir MigrantInnen als AlltagsnutzerInnen im Haus. Nicht so toll ist im Augenblick, dass relativ wenig Frauen sich ins Zentrumsmanagement einbringen.

Die Fluktuation im "Management" ist dann auch nicht mehr so ein ganz großes Problem?

Doch. Das ist schon jedes Mal bitter, wenn SchülerInnen, die zwei, drei Jahre zu den Aktivposten gehört haben, sich zum Studieren in die Großstädte verabschieden. Man könnte die Geschichte des Bunten Hauses also durchaus als Generationengeschichten erzählen; mindestens drei dürften es - je nach Betrachtungsweise - mittlerweile sein. Vielleicht muss man aber auch die Vorteile sehen: Jede neue Generation stellt mal was von dem in Frage, was der vorhergehenden als ehernes Gesetz galt. Und es gibt neue Ideen, jeweils eine größere Nähe zu neu entstehenden Subkulturen. Aber es stimmt schon, um auf die Frage zurückzukommen: Da es auch Leute

gibt, die nicht unbedingt studieren oder abwandern wollen, könnte es künftig ein mehr an Kontinuität geben.

Das Verhältnis zur CD Kaserne gestaltete sich in den vergangenen zehn Jahren ja nicht immer konfliktfrei. Wie ist das die aktuelle Situation?

Man muss sich erst mal eins klar machen. Das zentrale Verhältnis zwischen "Kaserne" und Buntem Haus ist das zwischen Vermieter und Mieter. Da gibt es Konflikte, weil es an dem einen oder anderen Punkt unterschiedliche Interessen gibt - also mal platt gesagt, wie im normalen Leben will der Mieter, dass der Vermieter die Reparatur des tropfenden Wasserhahns bezahlt, und der Vermieter hat eine ganz bestimmte Vorstellung davon, wie ein geputztes Treppenhaus auszusehen hat. Wir sind immer der Auffassung, dass sich fast jedes Problem lösen lässt. Nur muss man beim Lösungsweg unsere Bedingungen, also selbstverwaltetes Zentrum mit ausschließlich ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, mit einbeziehen. Das klappt mal gut und mal dauert es länger, bis ein konsensfähiger Weg gefunden ist. Aber nachdem es im letzten Sommer eine intensivere Auseinandersetzung gegeben hat, funktioniert es aus unserer Sicht aktuell zufriedenstellend.

Gibt es auch Kooperationen zwischen Kaserne und Buntem Haus?

Im technischen Bereich gelegentlich, ansonsten eher nicht. Die beiden Einrichtungen arbeiten sehr unterschiedlich. Die einen professionell und mit entsprechendem Etat, und wir eben selbstverwaltet und ehrenamtlich. Wir sprechen ja auch unterschiedliche Spektren an. Das Bunte Haus hat im Veranstaltungssektor ein sehr junges Publikum, bei Konzerten dürfte der Altersdurchschnitt unter 25 Jahren liegen, während die Kaserne doch eher ein Publikum ab 25 aufwärts bedient. In gewisser Weise ergänzt sich das sehr gut. Also auch wenn Veranstaltungen z.B. zeitparallel laufen, macht man sich in aller Regel keine Konkurrenz.

Und im politischen Bereich - gibt es da Konflikte?

Es gab ja in der Vergangenheit einige Auseinandersetzungen. Zuletzt ja vor drei Jahren mal wegen einer Veranstaltung zum PKK-Verbot. Aber gerade darüber hat sich einiges geklärt. Das Bunte Haus muss sich selbstverständlich weder von der Stadt, noch vom Vermieter in seine politischen Äußerungen oder seine Form politischer Bildungsarbeit hineinreden lassen - und es kann sich auch niemand als formale Kontrollinstanz aufspielen. Um ein Beispiel zu sagen:

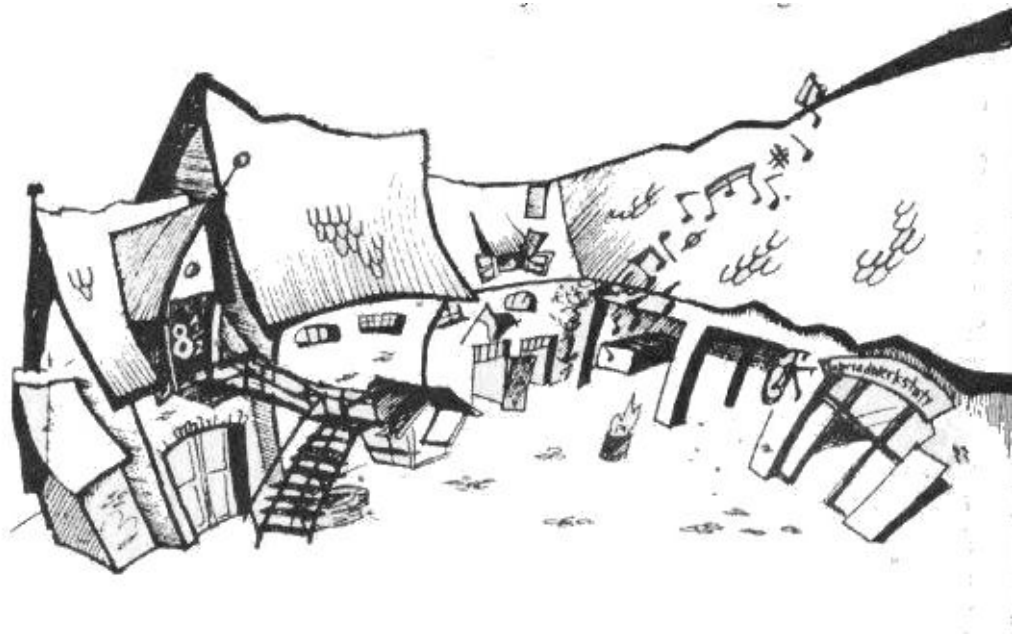
Selbstverständlich kann das Zentrum der Gewerkschaft ver.di das Haus als Streiklokal zur Verfügung stellen, ohne vorher bei irgendwem fragen zu müssen. Zu Recht aber zeigt sich der Geschäftsführer der CD-Kaserne irritiert, wenn die Gewerkschafter in einem Rundschreiben die CD-Kaserne als Ort des Streiklokals angegeben hatte.

Nebenbei gefragt: Wie ist das überhaupt zustande gekommen, dass das Bunte Haus als Streiklokal genutzt wurde?

Die Gewerkschaft hat angefragt und wir fanden's gut. Es gibt heute praktisch keine "Schwellenängste" mehr gegenüber dem Bunten Haus, sondern nur noch die Frage, ob das Zentrum für das, was man will, räumlich und organisatorisch taugt. Da geht vieles, aber auch nicht alles. Für Veranstaltungen, die einen irgendwie repräsentativen Rahmen brauchen, ist's in der Regel nicht der Hit, weil eben keine Ein-Euro-Putzkolonnen vor und hinter einem herwischen. Diese Art von Dienstleistungsanspruch gibt es erstaunlicherweise eher bei Gruppen mit höherem Altersdurchschnitt. Die würden teilweise lieber was zahlen, als selbst aufzuräumen und zu putzen. Bei den jüngeren Aktivisten, die aber auch eine höhere Schmutztoleranz aufweisen, ist das nicht so. Es gilt eigentlich die Regel: Wer Dreck macht, sollte ihn beseitigen. Und wer sich über Unordnung nervt, sollte einfach anfangen aufzuräumen. Die ganze Putzplan-Nummer hat nie geklappt und ist schon lange nicht mehr auf der Tagesordnung gewesen.

Wie sieht es finanziell aus?

Es ist hierzu wichtig festzuhalten, dass das Zentrum zwar mietfrei betrieben wird, aber als einzigen laufenden öffentlichen Zuschuss vom Vermieter eine Energiekostenpauschale von 4908,40 Euro im Jahr frei hat. Für Programmgestaltung gibt's nichts und die ganzen Alltagskosten - Versicherungen, Müll, Telefon, Reparaturen, Gema - müssen selbst erwirtschaftet werden. So hängt dann einiges davon ab, dass die Partys gut laufen, denn das ist die wesentliche Einnahmequelle. Deshalb an dieser Stelle auch mal ein öffent-



licher Dank an all jene, die sich da mit Lust und Energie reinhängen. Und es gibt ein paar Leute, die gelegentlich ans Bunte Haus spenden. Auch hierfür: Vielen Dank.

Ansonsten läuft viel über Kooperationen. Politische Veranstaltungen werden im wesentlichen von den Initiativen finanziert, demnächst zum Beispiel über den Rosa Luxemburg Club. Bei den Konzerten spielen die Bands meist für sehr geringe Gagen bzw. für Fahrtkosten, so dass dieser Bereich sich zur Zeit auch selbst trägt.

Insgesamt sind aber selbstverständlich auf dieser Basis in der Programmgestaltung und auch in Teilen der Haustechnik Grenzen gesetzt. Nur mal ein Vergleich: Ein Veranstaltungsbesuch bei uns wird unterm Strich über die Energiepauschale mit 50 Cent gefördert, beim Schlosstheater sind es 40 Euro pro BesucherIn, also das 80-fache. Weitgehend ohne öffentliche Zuschüsse auszukommen, bringt aber auf der anderen Seite auch eine enorme Freiheit, weil wir unser Konzept und unsere Preise nur gegenüber den BesucherInnen und NutzerInnen zu vertreten haben.

Und größere Investitionen kamen von der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur?

Ja, fast vergessen. Die LAGS hat die Baumaßnahmen gefördert, die einen Betrieb überhaupt erst bau- und veranstaltungsrechtlich möglich gemacht haben. Leider gibt's die nur noch als Beratungsinstitution, aber nicht mehr als Vergabeinstanz der Landesmittel. Die Verteilung dieser Mittel ist für unsere Region auf die "Lüneburger Landschaft" übergegangen. Da haben wir eher Bedenken, ob unsere Anliegen da künftig zu Tragen kommen können - aber bisher überhaupt keine Erfahrung, vielleicht haben die ja auch ein Herz für Soziokultur.

Die Neonazis haben mit der Forderung nach Schließung des Bunten Hauses zuletzt wieder eine Geschichte ausgegraben, die sie schon vor fünf Jahren mal versucht haben. Wie seht ihr diese Kampagne?

Es ist auf der einen Seite ärgerlich, weil sie die "links gegen rechts"-Nummer bedienen wollen. Und dass manche links und rechts absichtsvoll gern verwechseln, sieht man ja bei Celles Polizeichef Gerd Schomburg. Auf der anderen Seite ist es bei dem ausgeprägten Freund-Feind-Denken der Neonazis kein Wunder. Das Bunte Haus ist eben auch ein antifaschistisches Zentrum. D.h., wir versuchen mit einer gewissen Kontinuität, über Neofaschismus aufzuklären. Dazu kommt, dass die Ausstrahlungskraft des Hauses als Focus von links-alternativer Jugendkultur in Celle es den Neonazis unmöglich macht, dagegen vor Ort so etwas wie eine tragfähige rechte Subkultur zu etablieren. Selbst auf einer eher unpolitischen Ebene ist es in Celle eben weit mehr "chic", ins Bunte Haus zu gehen, als "thor steinar"-Klamotten zu tragen. Im Unterschied zur Situation vor fünf Jahren kann man jetzt auch den Eindruck haben, dass die Stadt und die Cellesche Zeitung dies verstanden haben. Wir müssen also nicht mehr ausführlich erklären, dass wir "die Guten" sind."

Gute Zeiten, schlechte Zeiten

"Wer sich beim Anblick eines Polizeiwagens bedroht sieht, ist in unserer Gesellschaft noch nicht angekommen."

Dr. h.c. Martin Biermann, Oberbürgermeister (CZ, 06.02.2006)

"... Die SPD ist unter dem Primat ihres Oberlehrers Jens Rejmanns sprachpolitisch vom Kurs abgekommen. Sie verwechselt den Begriff >Opposition< mit >Opportunismus<. Zur Aufklärung: Opposition - theoretische Aufgabe der Celler SPD im Stadtrat - steht für Ablehnung, Einspruch, Gegensatz, Widerspruch und Widerstand. Opportunismus - praktisch vollzogene Politik der SPD im Stadtrat - steht für Prinzipienlosigkeit, bereitwillige Anpassung und Gesinnungslumperei. Das sind Definitionen aus dem Duden. Sehr treffende übrigens. ..."

Volker Franke (CZ, 11.02.2006)

"Ich bin davon überzeugt, dass die Bevölkerung kein Verständnis für diesen Streik hat, schon gar nicht die 5 Millionen Arbeitslosen, die gerne 18 Minuten länger arbeiten würden."

Joachim Falkenhagen, Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion (CZ, 20.02.2006)

"Wir wollen nicht, dass sich hier Lebensformen etablieren, die nicht deutsch sind, wo man nicht unsere Bräuche pflegt."

Edmund Stoiber bei einem Wahlkampfauftritt für die Österreichische Volkspartei in Graz (2000) nach N24

"Ich kann auf keine Nationalität stolz sein. Das liegt nicht nur am üblich gestörten Verhältnis der Linken zur Nation, daran leide ich auch ein wenig. Ich bin nicht stolz, weil Nationalität mit Leistung zu tun hat. Meine Gegenfrage ist immer: Mit welchem Recht darf ich auf die Schriften von Goethe und Schiller stolz sein, obwohl mein Leistungsanteil an dem, was beide geschrieben haben, doch wohl eher Null ist. Und aus irgendeinem Grunde darf ich aber auf Shakespeare nicht stolz sein, obwohl mein Leistungsanteil auch hier bei Null liegt."

Gregor Gysi in einem Interview mit "Frankfurter Allgemeine", 30.09.2000"

Ich sehe nicht ein, wieso wir untätig zuschauen sollten, wenn ein Land (Chile) auf Grund der Verantwortungslosigkeit seines Volkes kommunistisch wird."

Henry Kissinger (ehemaliger US-Außenminister), CNN, 27. Juni 1973

AntiFa gewinnt mit deutlichem 4:1 Nazis hatten keine einzige Chance



Mit einem deutlichen und auch in dieser Höhe verdienten 4:1 wies die Spielgemeinschaft AntiFa die neu zusammengewürfelte Truppe der Spielvereinigung Nazis-Celle in einem der eher seltenen Spiele in die Schranken. Die Spielgemeinschaft AntiFa hatte die verhältnismäßig

lange Vorbereitungszeit optimal genutzt, um vor allem das Zusammenspiel der einzelnen Mannschaftsteile zu harmonisieren. Der Spielaufbau war über weite Strecken durchdacht, die Feldüberlegenheit so erdrückend, dass einige eigenwillige Aktionen selbsternannter Spielmacher kaum ins Gewicht fielen. Das spielerische Übergewicht der AntiFa brachte schnell Chancen hervor. Ein eigentlich eher gemächlich vorgebrachte Angriff über den rechten Flügel führte schon in der 28. Spielminute zum 1:0. Kurzfristig schlich sich eine gewisse Lässigkeit ein. Mit einigen eingespielten Kombinationen über die linke Seite gewann das Spiel aber schnell wieder an Attraktivität. Das 2:0 kurz vor der Pause fiel fast zwangsläufig. Die Seiten wurden nicht gewechselt. Nach der Pause war zu erwarten, dass die Nazis über eine Standardsituation durch ihren Spielmacher noch einmal gefährlich werden könnten. Diese Chance wurde durch geradezu pomadiges Auftreten nicht nur versemelt, sondern führte im Gegenteil zu einem Konter der AntiFa, wobei mit einem langen Pass übers ganze Feld die nur noch als Trümmerhaufen agierenden Nazis auseinandergenommen wurden. 3:0 hieß es dann durch einen frisch in Match geholten Spieler. Die Angriffsbemühungen scheiterten immer wieder durch die souveräne Abseitsfalle der AntiFa. Das 4:0 fiel kurz vor Schluss durch eine Standardsituation. Als das Spiel schon gelaufen schien, gab es aber im Spiel der AntiFa eine kleine Nachlässigkeit, so dass in der Nachspielzeit und mit Unterstützung eines wohlwollend-parteiischen Schiedsrichters das überflüssige Gegentor.

Die Leistung des Schiedsrichters war insgesamt indiskutabel. Mit theatralischen Gesten ermahnte er immer wieder, aber ohne jeden Anlass die AntiFa. Hinsichtlich bestimmter taktischer Varianten meinte er in eindeutigen Widerspruch zu den Bundesverfassungsgericht-Regeln, einen Spielabbruch herbeiführen zu wollen. Ohne jede Scham verbrachte er die gesamte Halbzeitpause in der Kabine der AntiFas, um mit einseitigen Regelauslegungen zu nerven. Und letztlich sind sich alle Spielbeobachter darin einig, dass das Tor der Nazis in der Nachspielzeit ein Geschenk des Schiedsrichters war - gewissermaßen als Konzession für einige Entscheidungen in der Grauzone des Regelwerks.

Selbstverständlich ist das Nazi-Gewusel nicht lustig, und die Gegenaktivitäten nur teilweise interessant; mehr aber rauben

sie einem Zeit für die wichtigeren (oder angenehmeren) Dinge des Lebens. Z.B. nötigen sie einem einen Rückblick ab, der aber schon deshalb sinnvoll ist, weil die Neofaschisten im Sommer ihre nächste Niederlage einstecken wollen.

Die Neofaschisten um Christian Worch und seine Celler "Kameraden" um Hellmund und Gräf mussten mal wieder erfahren, dass ihre Kampagnenversuche vor allem eins auslösen: die Formierung einer breiten gesellschaftlichen Gegenbewegung. Gegen Neonazis sind scheinbar erst mal alle. In Celle drückte sich dies auch darin aus, dass ein Ratsbeschluss gegen den Neonazi-Aufmarsch zustande kam und dass CDU und FDP die Resolution des "Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus" unterschrieben. Dies war vor allem dem Umstand geschuldet, dass sich die Neonazis mit ihrer Kampagne zur Abschaffung des § 130 StGB (Volksverhetzung) in direkte zeitliche Nähe zum Holocaust-Gedenktag begeben hatten.

Es ist gelungen, unterschiedliche gesellschaftliche Milieus gegen den Neonazi-Aufmarsch aufzubringen. Dafür war die Breite des Bündnisses von Vorteil. Vertreterinnen und Vertreter von Kirche und Bündnisgrünen, die sich mit großem Elan an das Sammeln von Unterschriften machten; mit 3000 Unterschriften sehr beeindruckend. Das Bunte Haus erreichte mit Party- und Konzertveranstaltungen, die explizit unter einem antifaschistischen Label liefen, einige hundert Jugendliche. Auch die Projektwoche und der Aktionstag an den Berufsbildenden Schulen wären wahrscheinlich ohne breites Bündnis nicht möglich gewesen. Dem Engagement einiger Schülerinnen und Schüler wurden keine Steine in den Weg gelegt, sondern sie wurden im Gegenteil von einzelnen Lehrern und Schulleitungen unterstützt - mit dem Ergebnis, dass hier eine intensive Auseinandersetzung mit Neofaschismus und Nationalsozialismus stattfinden konnte.

Gegenüber der Situation vor fünf Jahren, als die Neonazis im Herbst 2000 in Celle demonstrieren wollten - und den geplanten Aufmarsch seinerzeit abbliesen, gab es einige neue Akteure im "Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus". Neu war insbesondere das Engagement der ev.-luth. Kirche, vertreten vor allem durch Uwe Schmidt-Seffers. Schon während der Aktivitäten gegen den Irak-Krieg und den Sozialabbau durch Hartz IV hatten sich Kirchenvertreter mit den sozialen Bewegungen vor Ort verbündet. Gab es dabei, inhaltlich bedingt, eine deutliche Positionierung gegen die Regierungsparteien, so suchte man diesmal eher die Nähe zu ParteienvertreterInnen. Neu dabei war auch die WASG, die sich klar auf die Seite der antifaschistischen Initiativen stellte.

Als ärgerlich empfanden die meisten am Forum Beteiligten das Agieren der SPD, die an bestimmten Punkten keinerlei Wert auf Absprachen legte. Dazu gehörten eigenmächtige

Demonstrationsanmeldungen genauso wie ihre Initiative zum Holocaust-Gedenktag, wo sie nur noch außerhalb des "Forums" handelte und eine seit Wochen feststehende Kranzniederlegung der VVN/BdA in den Trifftanlagen praktisch torpedierte.

Das Milieu rund ums Bunte Haus hatte sich früh darauf festgelegt, den Widerstand gegen den Nazi-Aufmarsch in einem Bündnis organisieren zu wollen. Die Ankündigungen der Neonazis aktivierten eine Reihe neuer Leute, die sich mit viel Interesse und Engagement in die Gegenaktivitäten einbrachten. Ziemlich schnell wurde dabei deutlich, dass die basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen des Zentrums es schwer machen, mit "klaren Ansagen" im Bündnis und nach außen zu agieren. Deshalb gründeten die AktivistInnen die Antifaschistische Aktion Celle, die dann mit eigener Website, Plakaten und Flugblättern arbeitete.

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus in Deutschland wurde fast ausschließlich von denen organisiert, die seit längerem antifaschistisch arbeiten. Im Bunten Haus gab es gut besuchte Veranstaltungen zu neofaschistischer Subkultur und zu Struktur und Organisation der Kameradschaftsszene. - Dass so viele gegen den Faschismus redeten, hing aber wahrscheinlich auch damit zusammen, dass über den Kapitalismus geschwiegen wurde. Wer "Du bist Deutschland" schreit, wer den "Kampf der Kulturen" diskutiert und wer mit den Ein-Euro-Jobs eine neue Form des Reichsarbeitsdienstes installiert, muss sich eigentlich nicht wundern, wenn Neofaschisten wieder Oberwasser bekommen. So waren dann auch immer nur die paar Kameradschaftshansels im Focus, nicht aber eine herrschende Politik und Meinung, die ihnen zuspießt bzw. ja sogar Recht gibt.

Kritisiert wurde deshalb vor allem die geschichtsrevisionistische Strategie der Neonazis, wie sie sich ja auch in ihrem Aufmarschthema, der Kampagne gegen den § 130 StGB spiegelt. Neben Anklagen und Verurteilungen wegen Körperverletzung dürften die Neonazis in der Tat am häufigsten wegen so genannter Propagandadelikte vor Gericht sehen.

Verbote und Repression behindern aktuell sicherlich die Organisierung der Neofaschisten, was sie nicht verhindern, ist

der faschistoide Dreck, den wenigstens ein Viertel der Bevölkerung in ihren Schädeln hat.

Während die Diskussion um die Bedeutung völkischer und rassistischer Ideologien also weitgehend unterblieb, nahm man sich im Bündnis viel Zeit dafür, über das Vorgehen am Tag des geplanten Nazi-Aufmarsches zu streiten. Am Ende war hinsichtlich der Gegendemonstration klar, dass sich die Strategie des "Weit, weit weg" nicht mit einer des "Nah ran" vereinigen ließ. Immerhin konnte man sich letztlich darauf einigen, dass es offenbar für beide Ansätze genügend Interessierte gab - und man deshalb auch einfach beides machen sollte, ohne den jeweils anderen in seinem "Bedürfnis" zu diskreditieren. Und am Ende konnten dann beide "Fraktionen" sogar gemeinsam nach Lüneburg fahren.

Dort konnten sie dann ihr Schamgefühl testen. "Reisende kennen keine Scham", hatte Celles Polizeichef Gerd Schomburg in den von ihm gebetmühlenartig vorgetragenen Gewaltscenarien immer wieder betont. Vom ersten Bündnistreffen des "Forums" an saß Schomburg mit in der Runde, wenn es ihm wichtig erschien. Das allerdings hatte man in Celle bisher nicht erlebt. Leider wollten einige Gruppen im "Forum" nicht einsehen, dass die Polizei eine bestimmte Funktion hat und dass diese Funktion nicht "politisch", sondern ausschließlich "ordnungspolitisch" ist.

Am deutlichsten - und vielleicht für viele auch augenöffnend - war das polizeiliche Handeln schließlich, als man den Neonazis am 4. Februar 2006 ihre Kundgebung auf dem Lauensteinplatz scheinbar geradezu aufdrängte und das einzige Interesse der Polizeiführung zu sein schien, diese Kundgebung "störungsfrei" - d.h. mit möglichst wenig Personal - durchzuführen.



KEIN NAZIAUFMARSCH.

<http://www.kein-naziaufmarsch.tk/>



Sollten die Nazis wirklich versuchen im Sommer dieses Jahres eine Demonstration in Celle durchzuführen, könnt ihr euch auf dieser Seite über die Gegenaktivitäten informieren.

Celler Neonazis wieder als "Kameradschaft 73" aktiv

Am 28 Januar 2006 wollten Neonazis unter dem Motto "Gegen staatliche Repressionen - Weg mit dem § 130 StGB!" in Celle demonstrieren (siehe Revista Nr. 29). Das ging gründlich daneben. Ursprünglich waren unter dem selben Motto bundesweit vier Aufmärsche geplant. Neben Celle haben die Rechten sich Dortmund, Berlin und Karlsruhe ausgeguckt. Organisiert wurden diese Demos von Rechtsextremisten aus dem Spektrum der sogenannten "Autonomen Nationalisten" und der Querfrontgruppierung "Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS). Geworben werden sollte über eine gemeinsame Internetseite, da diese aber von Antifaschisten gehackt wurde, blieb die Mobilisierung lange Zeit im Dunkeln. Hinzu kam das bereits Ende Dezember die Verantwortlichen in Berlin ihre Anmeldung zurückzogen. Ein offizieller Grund wurde nicht angegeben, aber der Hintergrund dürfte wohl anhängige Strafverfahren sein. Die Demonstrationen in Celle und Karlsruhe wurden erfolgreich verboten und die Nazis mussten nach Stuttgart und Lüneburg ausweichen. Während der gesamten Mobilisierungsphase waren in den diversen rechten Internetforen und Terminhinweisen auf den rechten Interseiten die unterschiedlichsten Informationsstände abzulesen, von hoffnungslos veraltet bis wirklich aktuell. Für den normalen Interessenten war es reiner Zufall den aktuellsten Stand zu erfahren.

Eine ziemlich desolante Mobilisierung also und so ist es nicht verwunderlich, dass lediglich 500 Personen an den drei verbliebenen Demonstrationen teilnahmen.

In Celle wurde die Demonstration ursprünglich von dem Hamburger Neonazis Christian Worch und dem vor kurzem nach Celle gezogenen KDS-Mitglied Daniel Gräf organisiert.

Als keine überregionale Mobilisierungsseite im Internet zustande kam, wurde zeitweilig die von Gräf betreute Internetseite der "Bürgerinitiative für Zivilcourage Celle" als Referenz angegeben, doch dort waren zu keinem Zeitpunkt Informationen zur Celler Demo abrufbar. Inzwischen ist die Seite aus "Zeitmangel des Betreibers geschlossen worden".

Angemeldet wurde die Celler Demonstration von Christian Worch. Als gelernter Notargehilfe meldet dieser seit Jahren bundesweit Demonstrationen für Rechtsextremisten jeglicher Couleur an. Obwohl er über reichlich Erfahrung verfügt, ist ihm in Celle ein Verfahrensfehler unterlaufen. Nachdem die Stadt Celle ein Verbot aussprach, hat Worch dagegen einen Widerspruch eingelegt, aber versäumt, rechtzeitig Klage einzureichen. In einem seiner Rundbriefe spielte er das als "unwesentliches Problem" herunter, verzichtete aber auf eine erneute Anmeldung in Celle, obwohl noch zwei Wochen Zeit war. Stattdessen wurde Lüneburg zum neuen Ort des Aufmarsches ausgewählt und gegen das abermalige Verbot ging Worch bis zum Bundesverfassungsgericht, welches das Verbot aufhob. Sehr traurig dürfte er über die Verlegung der Demonstration sicher nicht gewesen sein, geriet doch sein Celler Zögling Gräf im Laufe der Mobilisierung szeneyntern zunehmend unter Druck und letztlich nahmen die

alteingesessenen Neonazis Klaus Hellmund und Dennis Bührig das Heft in die Hand. Die "Querfront"-Ansichten von Gräf sind in Celle wohl nicht akzeptiert worden und offensichtlich waren die Kontrahenten auch nicht in der Lage diese intern zu klären. Und so "diskutierten" sie ihren Disput in aller Öffentlichkeit in dem Internetforum des rechtsextremistischen Wikingerverband, in dem Gräf alias Resistenzia und Bührig alias Odal schreiben. Klaus Hellmund stellte nun selbst eine Mobilisierungsseite für die Celler und später für die Lüneburg-Demo ins Netz. Nach alter Manier



Celler Neonazis in Lüneburg am 28.01.2006

fangen die Neonazis auch wieder an zu provozieren und tauchten bei zwei antifaschistischen Spaziergängen auf. Während eines Informationsstandes des Forums gegen Rechtsextremismus am 21.01.2006 in der Celler Innenstadt wurden laut Cellescher Zeitung auch Drohungen ausgesprochen. Das Sammeln von Unterschriften gegen die Nazidemo kommentierten anwesende Nazis, darunter Hellmund und Bührig, mit den Worten: "Unterschriften sind immer gut. Die kann man auch später noch verwenden, wenn sich die Zeiten ändern". Die herbeigerufene Polizei erteilte den Nazis Platzverweise.

An dem rechten Aufmarsch in Lüneburg am 28.01.2006 nahmen etwas mehr als 100 Personen teil. Die Route führte sie am Stadtrand durch menschenleere Strassen, vorbei an einer Kleingartensiedlung und Kasernen. Als Ordner und Redner trat Gräf in Erscheinung. Hinter dem Transparent "Nationaler Widerstand Celle" liefen mehr als zehn Celler Neonazis, darunter die Hellmund, Bührig, Helge Grotejahn und Andre Zwarg.

Offensichtlich enttäuscht nicht in der eigenen Stadt zu demonstrieren, meldete Daniel Gräf trotz aller Differenzen für die "Bürgerinitiative gegen das Bunte Haus e.V." einen "Informationsstand" in der Celler Innenstadt für den 04. Februar an. Aus einem eigenen Flugblatt geht hervor das Hellmund der "Vorsitzende" dieser Initiative ist. Verantwortlich für das Flugblatt zeichnete das ehemalige Mitglied der mittlerweile verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) Rieter Riefling aus Hildesheim. Nachdem die Stadt den Stand untersagte, gingen die Rechten vor das Verwaltungsgericht Lüneburg. Dieses wertete am 03.02. die Anmeldung des Infotisches als eine Kundgebung und erlaubte diese auch gleich. Offensichtlich waren die Celler Nazis nicht in der Lage das Verfahren richtig einzuordnen und hätte die Stadt Celle der nun erlaubten Kundgebung keine Auflagen erteilt, hätten sie gar nicht realisiert, dass die Kundgebung genehmigt wurde. Diese fand am darauffolgenden Tag auf dem Lauensteinplatz mit knapp fünfzig Teilnehmer statt. Die ganze Veranstaltung dauerte nur knapp 30 Minuten. Gleichzeitig kündigten sie im Internet erneut eine Demonstration in Celle an.

Kurz darauf wurde bekannt, dass der niedersächsische Funktionär der Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NPD) Adolf Dammann für den 8. April einen Aufmarsch in Celle angemeldet hat. Weil aber am selben Tag in Mannheim eine bundesweite Nazidemo stattfinden soll, hat Dammann, der im Januar wegen Verunglimpfung des Staates verurteilt wurde, die Anmeldung wieder zurückgezogen. Sehr durchdacht wirkt das auch nicht, denn die Mannheimer Demo ist seit langem bekannt.

Nachdem bereits im Jahr 2000 die Jungen Nationaldemokraten (JN) in Celle mit dem Versuch einer Demonstration scheiterten (die NPD hatte damals alle angemeldeten Demonstrationen abgesagt, weil sie sich einem Verbotverfahren gegenüber sah und auch ihre Jugendorganisation (JN) angewiesen, Anmeldungen zurückzuziehen) ist das jetzt der dritte gescheiterte Anlauf. Nun kündigen die Nazis einen erneuten Versuch für den Sommer dieses Jahres an.



Kranzniederlegung der Celler Kameradschaft 73 beim "Heldengedenken" in Halbe am 11.03.2006

Mit den jetzigen Aktivitäten der "Bürgerinitiative gegen das Bunte Haus e.V." knüpfen Hellmund und Bührig an ihre aktive Zeit an. Damals hatten sie sich die Aktivisten der Celler "Kameradschaft 73" ebenfalls das Bunte Haus als Feindbild auserkoren. Wegen internen Verwürfnissen und einer erneuten Haftstrafe von Hellmund war es in den letzten Jahren relativ ruhig in Celle. Nun wollen die Nazis es aber noch mal wissen und änderten ihre Internetseite zur Demonstration in die Internetpräsenz der "Bürgerinitiative gegen das Bunte Haus e.V.". Im Impressum wird ein Postfach aus Nienhagen angegeben und die Seite, auf der das dazugehörige Gästebuch gehostet wird, ist auf Jan Hering aus Bröckel zugelassen.

Darüber hinaus fahren seit kurzem wieder verstärkt Celler Neonazis auf rechte Demonstrationen, zuletzt nach Münster am 18.02., nach Dresden am 11.02. und Halbe am 11.03.2006. Zu der Demonstration in Münster hatte noch der "KDS-Celle" aufgerufen. Das dürfte zukünftig der Vergangenheit angehören, weil das KDS-Mitglied Gräf seine Wohnung am Nordwall geräumt hat und offensichtlich Celle verlassen hat. Über die Demonstration in Dresden findet sich ein Bericht im Internet mit "freundlicher Genehmigung der Kameradschaft 73 aus Celle" und bei dem "Heldengedenken" in Halbe hat die Kameradschaft 73 einen Kranz niedergelegt. Offensichtlich ist also geplant die Kameradschaft 73 mit neuen Leuten wieder auferstehen zu lassen.

Dazu passt es auch, dass Hellmund seine damalige Internetseite mit der Bezeichnung "Gloria-Victoria" wieder ins Netz stellen will. Scheinbar ist er so stolz auf sein damaliges Machwerk, dass demnächst wieder jede kleinste Celler Naziaktivität auf dieser Seite glorifiziert wird. Aber auch hier ist Hellmund ganz der alte. Nach der großspurigen Ankündigung "die Legende lebt" wurde der Start der Seite erstmal um vierzehn Tage verschoben. DK

"Lahmarschige Art von Nicht-Politik"



Als "lahmarschige Art von Nicht-Politik" hat der Lokalchef der CZ, Volker Franke, den Umgang von Stadt, aber insbesondere Landkreis Celle im Wettbewerb um EU-Fördermittel bezeichnet. Als einzige Region in Westdeutschland sind die elf Landkreise des ehemaligen Regierungsbezirks Lüneburg ab 2007 in der höchsten Förderstufe. 750 Millionen Euro sollen von 2007 bis 2013 helfen, den "Entwicklungsrückstand" dieser Region zu beheben. "Ziel 1" nennt sich das Programm, mit dem Infrastrukturmaßnahmen, Qualifizierung und auch Gewerbeansiedlung dort unterstützt werden sollen, wo das Bruttoinlandsprodukt weniger als 75 Prozent des Durchschnitts in der EU erreicht.

Es könnten rein rechnerisch einige 10 Millionen Euro an Strukturfördermitteln im Landkreis Celle landen, deutlich mehr als z.B. in den Jahren 2001 bis 2003, in denen verschiedene Projekte mit knapp 10 Millionen Euro aus EU-Mitteln ko-finanziert wurden. Nur werden die Fördergelder nicht gleichmäßig unter den Landkreisen dieses "Entwicklungsgebietes" aufgeteilt. "Lokale Einzelmaßnahmen haben nur geringe Chancen," so Michael Runge, Referent für EU-Regional- und Strukturpolitik in der niedersächsischen Staatskanzlei. Jedes Projekt müsse unter dem Strich "innovativ und nachhaltig sein, das Wirtschaftswachstum steigern, Arbeitsplätze sichern oder schaffen".

Hier setzt die Kritik der Celleschen Zeitung an. Denn in der Tat hatten ihre Nachfragen bei Politik und Verwaltung wenig Handfestes und noch weniger "Visionäres" ergeben. Was Landrat Wiswe und Oberbürgermeister Biermann taten, war entweder wenig konkret oder aber hinsichtlich zu erwartender Förderkriterien eher fragwürdig. Die Kommunalpolitik hatten sich überhaupt noch nicht mit der EU-Förderpolitik auseinandergesetzt und auch die Landes-, Bundes- und EP-ParlamentarierInnen schienen nicht gerade gut informiert, so dass sie außer Allgemeinplätzen kaum etwas zur Debatte beitragen konnten.

Alles, was an Vorschlägen aus Celles Rathaus kommt, könnte man unter dem Stichwort "Stadtentwicklung" fassen. Man will sich den Umbau der Altstadt zu einem reinen Konsumtempel also zusätzlich durch EU-Mittel bezahlen lassen. Vom Landkreis hörte man zunächst mal nur, dass Gelder für den zügigeren Bau der Ostumgehung beantragt werden sollten. Zwar gehört auch der Straßenbau zu dem, was gemeinhin als förderungswürdige Infrastrukturmaßnahme angesehen wird. Nur im Falle der Celler Ostumgehung dürfte es reichlich schwierig werden, hierfür zusätzlich EU-Mittel zu bekommen. Denn zunächst einmal ist dieses Projekt durch Mittel des Bundesverkehrswegeplans zu finanzieren. Warum sollten EU-Mittel für ein Projekt ausgegeben werden, für dessen Finanzierung rein rechtlich der Bund zuständig ist?

Nun muss nicht unbedingt Trauer darüber ausbrechen, dass die Wachstumsfetischisten in Rathaus und Landratsamt "ihre Hausaufgaben nicht gemacht" haben. Die Ostumgehung ist genauso überflüssig wie die Zurichtung der Altstadt für Kaufhauskonzerne, aber: Der Mangel an Ideen für eine ökologischere und sozialere Zukunft ist schon frappierend.

Die ganzen "Leitbild"- und "Agenda 21"-Diskussionen haben scheinbar nichts gebracht. Oder warum kann niemand mehr ein Modell für den Aufbau eines attraktiven Öffentlichen Personennahverkehrs in die Diskussion bringen? Warum gibt es keinerlei lokal umsetzbare Ideen, mit denen die eklatante Chancenungleichheit im Bildungsbereich angegangen würde? Warum hat niemand ein regionales Konzept für die Umsetzung von Projekten in Richtung Solartechnologie oder Energieeffizienz?



Das hängt selbstverständlich zusammen mit der Lähmung von gesellschaftlicher Kreativität durch das Kohlsche ancien regime und den rot-grün-getünchten Neoliberalismus. Und selbstverständlich sollen die EU-Mittel

auch nicht für gesellschaftlichen Wandel eingesetzt werden, sondern um die "Entwicklungsregionen" noch einmal in halbwegs kapitalfreundliche Zonen zu verwandeln.

Trotzdem: Da wird einer Region eine Art Lottogewinn angekündigt und die gesellschaftliche Diskussion reduziert sich - mit Lorient gesprochen - auf die Eröffnung einer Herrenboutique für den Papst.

20 Jahre nach Tschernobyl Atomkraft endlich beenden!



Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 kennzeichnet bis heute den Punkt, von dem aus jeder Weiterbetrieb von Atomkraftwerken ein Verbrechen ist. Niemand kann seitdem allen

Ernstes noch von der "sicheren Atomenergie" sprechen. Dass es dennoch Politiker, Konzernchefs und Medien behaupten, macht einiges vom Charakter jener politischen Systeme und ihrer Ökonomien aus, die um des Profits willen Menschen und Umwelt weiterhin unwägbar Risiken aussetzen.

Für die Anti-AKW-Bewegung in Deutschland ist der Jahrestag von Tschernobyl jedes Mal ein Anlass, die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen zu fordern. Nicht nur bundesweit wird es Veranstaltungen und Aktionen geben, auch in Celle will das Forum gegen Atomenergie den Jahrestag für eine Intensivierung der öffentlichen Diskussion nutzen.

Unter dem Titel "30 Jahre Lutterloh - 20 Jahre Tschernobyl - 10 Jahre Castor" soll am Abend vor dem Jahrestag, also am 25. April, 19.30 Uhr, im Bunten Haus eine "Talk"-Runde regionale Aspekte des Widerstands gegen die Atomwirtschaft diskutieren. Das Motto verweist darauf, dass sich die Anti-AKW-Bewegung vor Ort konstituierte, als im Jahr 1976 Lutterloh im Landkreis Celle als Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage und ein atomares Endlager im Gespräch war. Die Probebohrungen waren begleitet von einem breiten Protest und der Gründung der ersten Bürgerinitiativen. EinE VertreterIn der BI Südheide wird an diese Protestphase erinnern und die Aktivitäten der Initiative für Tschernobyl-Kinder vorstellen. In Celle gründete sich parallel die "Bürgerinitiative zum Schutz vor Atomenergiegefahren", deren Mitglieder sich an den Großaktionen an den Standorten Grohde, Brokdorf, Krümmel und Gorleben beteiligten - und eine zeitlang mit ihrem samstäglichen Infostand zum Inventar der Fußgängerzone gehörten. Auch aus dieser Initiative wird ein Vertreter in der Talk-Runde dabei sein. Der Reaktorunfall von Tschernobyl hat zu einer Vielzahl neuer Initiativen geführt. In Celle war es z.B. eine ad-hoc-Gruppe mit dem merkwürdigen Namen "BI Verstrahltes Celler Land"; kontinuierliche Informationsarbeit leistete dann über Jahre die dem ev. Kirchenkreis nahe stehende "AG Energiewende" - auch von dieser nicht mehr bestehenden Gruppierung wird ein Vertreter dabei sein. Der erste Castor-Transport vor mittlerweile ebenfalls schon gut 10 Jahren gab der Anti-AKW-Bewegung gewissermaßen einen neuen Anfang und viele neue MitstreiterInnen. Ein Mitglied des Forum gegen Atomenergie, das in dieser Phase in die Bewegung eingestiegen ist, wird die Erfahrungen mit den

Aktionen gegen die Atommülltransporte reflektieren. Neben dem Rückblick steht selbstverständlich auch viel beschworene "Renaissance der Atomenergie" auf der Tagesordnung, woraus sich für die GegnerInnen die bekannte Frage ergibt: "Was tun?" Vielleicht gibt es auch hierzu Antworten in der Diskussionsrunde. - Das Archiv für neue Soziale Bewegungen in Celle wird den "Talk" mit Projektionen von Fotos, Flugblättern, Zeitungsartikeln, Plakaten, Filmausschnitten (multi-)medial zu begleiten.

Das Forum gegen Atomenergie will zudem am Samstag, den 22. April, eine Unterschriften-Anzeige in der Celleschen Zeitung platzieren. Wer den folgenden Text mit seiner/ihrer Unterschrift unterstützen will, möge bitte als Organisation 20 Euro, als DurchschnittsverdienerIn 10 Euro (oder mehr) und als Geringverdiener 5 Euro mit Namen, Vornamen und nach Möglichkeit einer Organisationsmitgliedschaft auf dem Überweisungsträger einzahlen auf das Konto: POLIT, Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer 108103250.

Und hier der Text:

20 Jahre nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl - Atomenergienutzung endlich beenden!

Vor 20 Jahren ereignete sich der bisher folgenschwerste Unfall in einem Atomkraftwerk. Am 26. April 1986 zerstörte eine Explosion den Block 4 des Atomkraftwerkes in Tschernobyl: Radioaktiver Fallout verteilte sich über ganz Europa, tausende Menschen starben. Das, wovor Atomkritiker immer gewarnt hatten, wurde grausame Realität.

Tschernobyl hat uns die Gefahren der Risikotechnologie Atomkraft vor Augen geführt. Dennoch üben die vier großen Energieunternehmen in Deutschland derzeit massiven Druck auf die Regierung aus, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern und sich vom geplanten langsamen "Atomausstieg" zu verabschieden. Auf diese Weise soll mit alten, abgeschriebenen Atommailern noch möglichst viel Geld verdient werden. Manch einer aus Politik und Wirtschaft träumt sogar von einer Renaissance der Atomkraft und verkauft die Atomenergie als Antwort auf Klimawandel, drohende Versorgungsengpässe und zukünftige Energiekonflikte.

Atomenergie ist aber weder sicher noch günstig oder klimafreundlich. Sie ist und bleibt die mit Abstand gefährlichste Art, Strom zu erzeugen. Die Zukunft muss daher heißen: Ausbau der regenerativen Energien, Energieeinsparung und dezentrale Energieversorgung! Jeder Tag Atomenergienutzung ist ein Tag zuviel!

Die Größe der Anzeige richtet sich nach der Anzahl der Unterschreibenden; Listen, mit denen man sich bei trägen Freunden und Bekannten ansammeln machen kann, gibt es unter: www.mitglied.lycos.de/cfga

RR.

"...und am Ende muss doch ein Kompromiss stehen."



"...und am Ende muss doch ein Kompromiss stehen." (OB Biermann) - Wieso eigentlich? Kritik mal anders: Freche Antworten auf freche Forderungen

Die Entgeltempfänger der Kommunen gehen auf die Straßen; sie streiken. Sie wollen weder mehr Geld noch sonstige Vergünstigungen, sie wollen einfach nur ihren derzeitigen Status behalten. Dafür haben die Arbeitgeber allerdings überhaupt gar kein Verständnis. An dieser Stelle soll es weniger um eine vollständige Analyse der derzeitigen Situation im Arbeitskampf gehen. Stattdessen soll einfach mal stur das eigene Interesse (eines Arbeitnehmers) zum prinzipiellen Standpunkt erhoben werden. Dieses eigentlich bescheidene Anliegen, dass die eignen Wünsche und Bedürfnisse einmal Berücksichtigung finden, wird dann schnell zum unauflöselichen Gegensatz, wenn man bspw. mit einem Oberbürgermeister - als Verfechter von Arbeitgeberinteressen - in dieser Sache "diskutiert".

Argument des OB:

Ich dachte immer, Arbeitnehmer seien solidarisch. Wo ist denn die Solidarität der öffentlich Bediensteten im Westen mit ihren Kollegen im Osten, wenn man dort 40 Std. arbeitet und hier 38,5 Std. fordert. "Es ist völlig unverständlich, dass die Gewerkschaften für die kommunalen Tarifbeschäftigten im Westen weiter an den Privilegien festhalten,...". Ich dachte, Solidarität bedeutet, dass man sich mit dem Schwächeren/Schlechtergestellten verbündet.

Entgegnung:

1. Als Arbeitgebervertreter, den Arbeitnehmern vorbuchstabieren zu wollen, was Solidarität bedeutet, ist schon frech genug. Das können die Arbeiter nämlich ganz gut selbst entscheiden. Vor allem dann, wenn

2. Solidarität im Sinne des OB bedeutet, dass alle Beschäftigten schlechtere Bedingungen in Kauf zu nehmen haben. Solidarisch erklärt man sich doch, damit man etwas zum Besseren wenden kann, für die anderen sowie für sich selbst! Wie wär's denn damit, lieber OB: Alle Manager, Arbeitgeber etc. erklären sich mit den Schwächeren/Schlechterverdienenden solidarisch und gleichen ihre Gehälter nach unten an? Oder umgekehrt: Alle Arbeitnehmer erklären sich solidarisch mit der Minderheit der Manager und Chefs und fordern eine Angleichung an die Chefgehälter?

Argument des OB:

"Angesichts von circa fünf Millionen Arbeitslosen in Deutschland mangle es der Bevölkerung an Verständnis, wenn sie von Menschen bestreikt würde, die keinerlei Arbeitsplatzrisiko hätten und selbst von der Kündigung des Zeittarifvertrages überhaupt nicht betroffen seien."

Entgegnung:

1. Woher will er das wissen? Vielleicht haben alle anderen - wenn dem so wäre, so wäre das nur recht und billig! - auch die Schnauze voll, Bedingungen ausgeliefert zu sein, die ständig und dauerhaft ihre (bürgerliche) Existenz bedrohen.

2. Es stimmt sowieso nicht, dass alle Angestellten eine Arbeitsplatzgarantie hätten, die gibt es frühestens nach 10-15 Jahren Dienst (und selbst das - ob oder ob nicht unbefristete Anstellung - kann der Arbeitgeber frei entscheiden). Und wäre es

3. von der restlichen Bevölkerung nicht auch schlauer, statt neidisch auf die "sicheren Arbeitsplätze" zu schielen und bei einem Streik für solche Ziele voller Unverständnis mit dem Kopf zu schütteln, selbst für "sichere Lebensbedingungen" zu kämpfen?

4. Der OB scheint sich einer Sache ziemlich sicher zu sein: In der Bevölkerung scheint es genug arme Schlucker und ungesicherte Existenzen zu geben, denen sichere und erfüllte Lebensbedingungen auch nicht angeboten oder in Aussicht gestellt werden, weswegen sie neidisch auf Bemühungen reagieren, die darauf abzielen. Was sie stattdessen machen sollten, habe ich gerade schon ausgeführt. Der Skandal ist doch, von welchen Verhältnissen so ein OB eigentlich ausgeht und dass die für ihn scheinbar ganz normal sind.

Argument des OB:

In Deutschland wird wie in kaum einem anderen Land "schwarz" gearbeitet.

Entgegnung:

Man fragt sich als aufmerksamer Zuhörer: Was will der OB mir im Zusammenhang mit den Plänen der Arbeitgeber, die Wochenarbeitszeit raufzusetzen, damit sagen. Letztendlich wieder sehr simpel: Wo so viel Schwarzarbeit herrscht, da kann die Arbeitszeit gar nicht so hoch angesetzt sein, wenn es sich Leute zeitmäßig immer noch "leisten" können, etwas nebenher zu verdienen!

Der OB findet das gar nicht schlimm, dass hierzulande Menschen, die eine Arbeit haben, von dem gezahlten Lohn nicht leben können und noch einen zweiten oder dritten Nebenverdienst brauchen, um sich und ihre Familie über die Runden zu bringen. Schlimm findet er daran lediglich, dass dem Fiskus der ein oder andere Euro durch die Lappen geht (z.B. für die benötigten 37 Millionen, die der 3. Bauabschnitt der Ostumgehung in Celle kostet?!). Aber "dieser Ungerechtigkeit" ist seiner Meinung nach leicht beizukommen: Die Leute einfach so lange arbeiten lassen - natürlich

Streiten kann man lernen

ohne mehr Geld dafür zu bekommen, is ja klar! -, dass sie es eben nicht mehr schaffen (körperlich wie zeitlich), nach der Arbeit weiterzuschufteln

Argument des OB:

Das Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld wird von den Arbeitgebern nicht angetastet. Das wäre aufgrund des Tarifvertragsabschlusses auch gar nicht möglich. Die Pläne der Arbeitgeber sind lediglich, [!] dass das Volumen [damit meint er die Summe des Geldes aus Urlaubs- und Weihnachtsgeld!] der Sonderleistungen eingespart werden soll.

Entgegnung:

Nur um noch mal ganz sicher zu gehen: Den Arbeitnehmer soll nicht das Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld weggenommen werden, sondern das Geldvolumen soll nur [!] bei der Arbeitnehmerschaft insgesamt und irgendwie - Hauptsache das Geld muss nicht gezahlt werden! - abgezwickelt werden?!

Mal ehrlich: Wenn mich einer fragen würde, ob er mich lieber totschlagen oder erwürgen soll, würde die Antwort immer gleich lauten: Vielen Dank für das Angebot, aber ich halte von beidem nichts! Deswegen gibt es der obigen Idiotie des OB auch nichts mehr hinzuzufügen...

An dieser Stelle allerdings mal ein paar warnende Worte an die gesamte Arbeitnehmerschaft (inklusive Reservearmee): Wer heute denkt "Ach, solange es mich nicht trifft, sondern nur [!] den Neueingestellten" etc., der muss sich zum einen nicht wundern, wenn es ihn übermorgen selbst trifft (denn wenn jeder so denkt ...). Andererseits kann einem das eigene Verhalten / die eigene Einstellung - vorsichtig ausgedrückt - mal stutzig machen, wenn die Quintessenz daraus ist: Solche Gemeinheiten und Restriktionen (weniger Lohn, mehr Arbeiten etc.) will man selber nicht, aber den Mitmenschen (da sind übrigens auch Freunde, Verwandte, vielleicht sogar eigene Kinder etc. drunter subsummiert) wäre so was - nämlich das, was man selber gerade nicht will - ständig zuzumuten. Wer an dieser Stelle stattdessen Gemeinsamkeiten zwi-

schen sich und anderen entdeckt - Lohnabhängigkeit, ohnmächtig gegenüber politischen Entscheidungen und Erpressungsversuchen der Arbeitgeber zu sein usw. - der sollte auch so handeln!

Argument des OB:

"Die Vernunft gebiete es, die aufkeimende positive Entwicklung jetzt nicht durch völlig überflüssige Streiks zu gefährden."

Entgegnung:

1. "Überflüssig"? - Von wegen!: Wenn Streik das einzige wehrhafte Mittel der Arbeiter ist, ja dann müssen sie es in solche Situationen sogar einsetzen. Was anderes haben Lohnabhängige der Arbeitgeberschaft nämlich gar nicht entgegenzusetzen!

2. Welche positive Entwicklung meint der eigentlich? - Die positiven Bilanzen der Unternehmen hinsichtlich ihrer Gewinne und deren 'Entlassungsproduktivität'? Oder meint er die "hinzugewonnen" Freizeit entlassener oder nicht eingestellter Menschen, denen weder eine 38,5 und schon gar nicht eine 40 Stundenwoche hilft? Oder meint er ständig steigende Arbeitslosenzahlen? Oder, dass Deutschland Exportweltmeister ist? Oder meint er die steigenden Wochenarbeitszeiten und die dazukommenden Lohnkürzungen (radikale Kürzungen der Sozialleistungen sollten dabei nicht vergessen werden!)? Oder das beständige - ja, trotz aller Jammerei ist das tatsächlich so - Wachstum des deutschen Bruttosozialprodukts?

Bei all diesen "positiven Entwicklungen" fällt mir nur eins auf: Die positive Entwicklung einer wachsenden Wirtschaft in Form von höheren Gewinnen, steigenden Exportzahlen etc. scheint sich mit einer positiven Entwicklung der Lebensbedingungen der Menschen nicht zu vertragen. Im Klartext: Damit die Wirtschaft brummt, müssen die Leute ärmer gemacht werden! Das verheimlichen heutzutage weder Politiker noch Unternehmer, nein, sie sprechen es sogar offen aus, wenn sie sagen: Damit es der Wirtschaft gut geht, müssen



Teilerfolg

Einigung zwischen ver.di und Kommunalen Arbeitgebern

Wie letztlich nicht anders zu erwarten, gab's einen "Kompromiss" im Tarifkampf im Öffentlichen Dienst in Niedersachsen. Nach einem für unsere Verhältnisse recht intensiv geführten viereinhalbwöchigen Streik konnte die Gewerkschaft ver.di ein Festhalten an der 38,5-Stunden-Woche nicht durchsetzen. Für die 120.000 Beschäftigten in Niedersachsens Kommunen gilt künftig folgendes: Mehr als die Hälfte der Beschäftigten behält formal die 38,5-Stunden Woche. Dies gilt für Beschäftigte bei der Müllabfuhr, im Krankenhaus und in Kindertagesstätten. Allerdings müssen sie unbezahlte Tage für die vom Arbeitgeber finanzierten Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ableisten. Die Kita-Beschäftigten bringen drei Weiterbildungstage ein, Krankenhausbeschäftigte zwei und die Beschäftigten bei den Betriebsdiensten ein Weiterbildungstag. Für alle übrigen

Beschäftigungsbereiche gelte die 39-Stunden-Woche plus der Anrechnung von Heiligabend und Silvester in den Fällen, in denen diese Tage auf einen Arbeitstag fallen. Die Arbeitgeberseite errechnete daraus ein Gesamtvolumen von eine 39,24-Wochenstunden, Ver.di dagegen sieht ein Gesamtvolumen von 38,9 Stunden. - Streikende aus Celle, mit denen wir kurz vor Redaktionsschluss sprechen konnten, meinten, dass sich der Kampf dennoch gelohnt habe. Der beabsichtigten Stellenabbau sei nicht in dem Umfang möglich, wie ihn sich die Arbeitgeber vorgestellt hätten. Dass jene, die sich aktiv in den Streik eingebracht hätten, durch den Tarifabschluss leicht besser dastünden, als die "Sesselfurzer" würde bei letzteren zudem hoffentlich mal ein Nachdenken auslösen.
(Stand: 16.03.2006)

die Leute mehr Arbeiten, weniger Geld bekommen usw. Hier liegt meines Erachtens ein Gegensatz vor, dem weder mit Kompromissen noch mit guten Reden beizukommen ist - der muss überwunden werden!

Wer jetzt meint, ob das nicht ein bisschen zu weit geht - hört sich doch glatt nach Revolution an, man muss doch kompromissbereit sein usw. -, dem empfehle ich mal folgenden Selbstversuch: Bleib im jetzigen Arbeitskampf einfach mal stur und besteh auf 38,5 Stunden Wochenarbeitszeit und darauf, dass keine Sonderleistungen gestrichen werden sowie auf eine Erhöhung des Lohn im nächsten Jahr um 4 % - und schon wird man merken, mit was für einem Gegner man es zu tun hat! Denn der versteht selbst bei solch bescheidenen "Forderungen" keinen Spaß und wird auf seine Art zeigen (und es durchzusetzen wissen), wie sehr solche "unverschämten" Ansprüche seine Interessen schädigen. Wer stattdessen lieber den eigene Schaden in Kauf nimmt, geht weiterhin dienstbeflissen zur Arbeit - "Hauptsache man hat noch eine, zu welchen Konditionen ist doch egal." - und hofft auf die nächste Tarifrunde.

Anmerkungen:

1) Alles Zitate aus: Tarifstreit - NST-Präsident mahnt Gewerkschaften zur Vernunft vom 27.01.2006

2) Wem jetzt "Schwarzarbeiter" in Deutschland (als Einwand - wofür eigentlich!?) einfallen, die keinen Job haben, der sollte zweierlei bedenken: 1. Wer hat die den auf die Straße gesetzt? und 2. Was hat das mit der geforderten Mehrarbeit von 1,5 Std. die Woche zu tun? Nur soviel eigentlich - und da hat die Gewerkschaft mal recht -, dass Arbeitgeber und Unternehmer in Zukunft mehr Personaleinsparungspotenzial haben. Wenn von denen, die demnächst nicht mehr eingestellt werden, dann wieder welche "schwarz"arbeiten (kann man es denen eigentlich verbeln?), werden die Arbeitgeber natürlich wieder jede Menge zu meckern haben - aber mit Sicherheit nicht an ihren "Personaleinsparungen".

3) Das ist natürlich auch ein "guter Witz": Kündigen kann man Tarifverträge jawohl jederzeit - ist doch gängige Praxis der Arbeitgeber.

Landkreis scheitert vor Landessozialgericht ...

... und macht weiter mit rechtswidrigen Bescheiden, Falschdarstellungen und Drohungen



Deutlich in die Schranken verwiesen wurde der Landkreis Celle durch das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen in Celle. Mit einem am 15. Dezember 2005 ergangenen Beschluss (L 8 AS 427/05 ER) wurde die restriktive

Praxis des Landkreises bei den Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfänger zurückgewiesen. Nach einer Auswertung des Landkreises mit Stand vom 1.11.2005 wurden 692 Bedarfsgemeinschaften nicht die tatsächlichen Kosten der Unterkunft (Miete/Hauslast und Nebenkosten) gewährt, wobei 311 Fälle das Stadtgebiet Celle und 381 Fälle das übrige Kreisgebiet betrafen. Nach Auffassung der Celler Erwerbsloseninitiative zeige sich mit dem Urteil des Landessozialgerichts, dass der Landkreis in den meisten Fällen rechtswidrig gehandelt habe. - Eine Million Euro weniger als ursprünglich geplant, hat der Landkreis Celle im Jahr 2005 für die so genannten "Kosten der Unterkunft" ausgegeben. Vieles davon dürfte er sich rechtswidrig mit seiner rigiden Praxis angeeignet haben.

Das Landessozialgericht (LSG) hat die Praxis des Landkreises zurückgewiesen, die Angemessenheit mit bestimmten Quadratmeterpreisen ermitteln zu wollen. Für die Frage der Angemessenheit sieht das LSG die Wohngeldtabelle

als maßgeblich an - und dabei den Tabellenwert der rechten Spalte. Ralf Winter von der Erwerbsloseninitiative sieht dadurch eine durchschnittliche Anhebung der Grenze der Angemessenheit um rund 10 Prozent: "Für den Bereich der Stadt Celle gelten jetzt beispielsweise 325 Euro für eine Person und 395 Euro für zwei Personen als angemessen. Das betrifft die Miete sowie die kalten Nebenkosten."

Keinen rechtlich begründbaren Ansatz sah das Sozialgericht darüber hinaus bei dem Versuch des Landkreises, bei bestimmten Nebenkosten wie Wasser/Abwasser oder den Müllgebühren Kürzungen durchzusetzen zu wollen. "Das Landessozialgericht legt eindeutig fest, dass die tatsächlichen Kosten zu übernehmen sind, wenn sich alles im Rahmen bewegt," so die Erwerbsloseninitiative. Der Landkreis aber habe zuletzt - wie auch im Fall des Klägers - versucht, bei einzelnen Positionen Kürzungen durchzusetzen.

Ebenso sei der Landkreis mit seiner Praxis, die Heizkosten auf 0,97 Euro pro Quadratmeter begrenzen zu wollen, gescheitert. Das Landessozialgericht hat hier in seinem Beschluss festgelegt, dass die Kosten für die Heizung in Höhe derjenigen Kosten zu übernehmen sind, wie sie sich aus dem Mietvertrag oder aus den Vorauszahlungsfestsetzungen des Energieversorgungsunternehmens ergeben würden. Und das Gericht weist darauf hin, dass die Höhe der Heizkosten von verschiedensten Faktoren abhängig sei, die nicht vom Leistungsempfänger zu beeinflussen seien.

Die Erwerbsloseninitiative forderte in einer Pressemitteilung den Landkreis zu einer schnellen und vor allem rückwirkenden Anpassung seiner Praxis an die Urteile der Sozialgerichte an: "Es wird dutzende Fälle geben, in denen sich Betroffene der rechtswidrigen Praxis des Landkreises gebeugt haben. Sie haben keinen Widerspruch eingelegt und

auf Leistungen verzichtet. Daraus muss der Landkreis jetzt Konsequenzen ziehen. Er muss von sich aus neue Bescheide erteilen oder Betroffene auf die Möglichkeit von Überprüfungsanträgen hinweisen." Ralf Winter: "Wenn dies nicht geschieht, wissen wir, wo die eigentlichen Sozialbetrüger sitzen: Im Landratsamt!"

Landkreis spielt weiter mit falschen Karten

Bis in den Februar hinein hat der Landkreis Celle als Leistungsträger für die Kosten der Unterkunft bei EmpfängerInnen von ALG II seine Praxis nicht geändert. In einer Stellungnahme gegenüber der Celleschen Zeitung vom 7. Januar 2006 weigert sich der Erste Kreisrat Matthias Krüger im Kern, den Beschluss des Landessozialgerichts anzuerkennen. Man wolle auch künftig nicht die Wohngeldtabelle heranziehen. In der Heizkostenfrage teilte Krüger zwar mit, man wolle künftig keine pauschalen Angemessenheitskriterien mehr anwenden, sondern auf den Einzelfall abstellen. In der Praxis aber ergehen nach wie vor Bescheide, in denen entweder 0,97 Euro oder 1,15 Euro pro Quadratmeter als Grenze der Angemessenheit ausgewiesen werden - und dies mit der Aufforderung an die Betroffenen, ihre Heizkosten zu senken, wenn sie denn darüber liegen. In der CZ-Berichterstattung las sich das Ganze dann übrigens so, als ob der Landkreis sich bisher als besonders großzügig verhalten hätte, wo doch das Gegenteil der Fall ist.

Missbrauch? Von wegen!

Anfang Februar erschien unter der Überschrift "Vereinter Kampf gegen Missbrauch" erneut ein Artikel in der Celleschen Zeitung, der nicht die Praxis des Landkreises auf den Prüfstand stellt, sondern im Gegenteil die Mär vom Leistungsabzocker verbriet. Angekündigt wurde eine Ausdehnung der so genannten "Hausbesuche". Drei neue "Sachbearbeiter" seien hierfür bei der Agentur für Arbeit (AfA) eingestellt worden. Ein Sprecher der AfA verkündete: "Um die tatsächlichen Verhältnisse vor Ort zu prüfen, machen wir bald verstärkt Hausbesuche - auch unangekündigt." Und weiter heißt es:

"Ein klassischer Überprüfungsfall ist die nichteheliche Lebensgemeinschaft, die manchmal als Wohngemeinschaft getarnt wird, um höhere Leistungen zu beziehen. >Bei einem Überraschungsbesuch zeigt sich schon, worum es sich handelt - zum Beispiel an der Zahl der Schlafzimmer<, erklärt Krüger. Manchmal würden auch falsche Wohnungsgrößen angegeben. >Die werden dann vor Ort vermessen<, sagt Krüger. Der Antragsteller kann den Zutritt zur Wohnung allerdings auch verweigern. >Dann fehlt es an der Mitwirkungspflicht des Betroffenen, das kann im Endeffekt zu einer Ablehnung führen<, sagt Seemann." (CZ, 04.02.2006)

Es lohnt sich wirklich diese Passage im Einzelnen auseinander zu nehmen, weil sich zeigt, in welcher dreister Weise AfA und Landkreis die Betroffenen mit Behauptungen verunsichern, die mit der gängigen Rechtsprechung nichts zu tun haben. Im Gegenteil: Wer hier Missbrauch betreibt, sind die Leistungsträger.



Grundsätzlich ist es so, dass Hausbesuche keine zu erduldenende Pflicht sind, sondern nur in absoluten Ausnahmefällen rechtlich vorgesehen sind. "Die Ablehnung der Wohnungsbesichtigung ... ist durch das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung nach Art. 13 GG gedeckt", heißt es etwa in einem Beschluss des LSG Sachsen-Anhalt vom 22.04.2005 (L 2 B 9/05 AS ER). Die so genannte Mitwirkungspflicht schließt lediglich die Angabe von Tatsachen bzw. Beweismitteln und die Zustimmung zur Auskunftserteilung bzw. Urkundenvorlage durch Dritte (§ 60 Abs. 1 Nr. 1, 3 SGB I), persönliches Erscheinen (§61 SGB I) sowie ärztliche und psychologische Untersuchungen (§ 62 SGB I) ein, nicht aber die Einwilligung zu Hausbesuchen. Die herrschende Auffassung in der Rechtsprechung lehnt eine Hausbesuchsmitwirkungspflicht ab. Die verfahrensrechtliche Mitwirkungslast umfasst nur die Angabe von Tatsachen und Beweismitteln.

Im Ergebnis bedeutet dies: Wenn ein Sachverhalt ohne Hausbesuch durch Beweisurkunden, Erklärungen usw. aufgeklärt werden kann, darf kein Hausbesuch verlangt werden. Es gibt ausschließlich die "Pflicht zur Angabe von Tatsachen, die für die Leistung erheblich sind." Die Vermessung einer Wohnungsgröße, wie von Kreisrat Krüger, beispielhaft genannt, gehört in keinem Fall dazu, weil die Wohnungsgröße in aller Regel im Mietvertrag festgelegt ist und sich daraus erschließt.

In einer ganz aktuellen Entscheidung aus dem Jahr 2006 hat das Landessozialgerichts Hessen beschlossen, dass ein vager Verdacht auf falsche Angaben keinesfalls ausreicht, um bei Empfängern von Arbeitslosengeld II einen Hausbesuch durchzuführen (Az: L 7 AS 1/06 ER). Die Unverletzlichkeit der Wohnung sei ein hohes Gut. Deshalb müssten ALG II-Bezieher nur dann Besuche der Arbeitsagentur oder der Kommune erlauben, wenn berechtigte Zweifel an den Angaben des Betroffenen bestünden und diese Zweifel mit einem Hausbesuch geklärt werden könnten.

Ähnlich dreist ist der Schnüffelei in Schlafzimmern. Die Sozialgerichte haben in ihren Entscheidungen zuletzt eindeutig an die gefestigte Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (zuletzt: 2. Sept. 2004 , Az.: 1

BvR 1862/04) angeknüpft, in der es heißt: Eine eheähnliche Gemeinschaft liegt erst dann vor, wenn das partnerschaftliche Verhältnis auf Dauer angelegt ist und weit über ein einfaches gemeinsames Haushalten und Wirtschaften hinausgeht. Keinesfalls sei eine sexuelle Beziehung ausschlaggebend für eine eheähnliche Gemeinschaft. Diese könne frühestens nach drei Jahren des Zusammenlebens angenommen und keinesfalls durch Hausbesuche festgestellt werden (Vgl. Sozialgericht Düsseldorf, 22.04.2005 Az.: S 35 AS 119/05 ER).

Schließlich drohte der Sprecher der Celler AfA Leistungskürzungen an, falls man den Zutritt zur Wohnung verweigere. Dazu hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass eine Streichung von Leistungen nur dann möglich ist, wenn die Tatsache, zu deren Feststellung der Hausbesuch dienen sollte, anders nicht festgestellt werden und ohne deren Feststellung der Bedarf an Leistungen nicht ermittelt werden kann (BverwG FEVS 34, 309).

Landkreis in die Schranken weisen

Die Celler WASG hat sich Mitte Februar an das niedersächsische Justiz- und das Sozialministerium gewandt und darauf hingewiesen, dass der Landkreis Celle "weiterhin völlig

unbeeindruckt fehlerhafte Bescheide an die Adresse von ALG II-Empfängern" fertige, "und zwar in allen Punkten, die das Landessozialgericht Celle als rechtswidrig erkannt hat." Die Partei will von den Ministerien wissen, "durch welches Vorgehen Sie hier Abhilfe schaffen und ab welchem Datum sich die Empfänger von ALG II und die unmittelbar betroffenen Wohnungs Vermieter verlässlich auf eine wirkliche Umsetzung des Beschlusses des LSG Celle einrichten können ... [und] wie Ihrem Dafürhalten nach die Regulierung der bisher entstandenen Schäden aussehen sollte."

Neben der Erwerbsloseninitiative kritisierte auch die WASG die Landkreispraxis. Doch die Cellesche Zeitung ließ nur den Leistungsträger, nicht aber VertreterInnen der Betroffenen zu Wort kommen. Es stellt sich wirklich die Frage, wie lange Landkreis und AfA mit ihren Falschdarstellungen und Drohungen noch durchkommen. Leider nehmen weder der DGB, der immerhin in den Aufsichtsgremien der AfA sitzt, noch die im Kreistag vertretenen Parteien ihre Kontrollpflicht wahr - jedenfalls bekommt man davon öffentlich nichts mit. Die Betroffenen können sich ihr selbstverständliches Recht aktuell nur vor dem Sozialgericht holen. Und wer dies nicht tut, lebt mit Leistungseinschränkungen.

Wer sich wehren will, findet Unterstützung im WASG-Büro in der Heese 14 oder über www.erwerblosenini-celle.de, wo es inzwischen Musterschreiben für fast jeden Fall gibt.

CDU/SPD kürzt jugendlichen Erwerbslosen das Geld

Widerstand ist dringend nötig!



Seit Anfang Februar liegt der Gesetzentwurf zu den von der Koalition geplanten Änderungen des Sozialgesetzbuch (SGB) II vor. Die Bundestagsfraktionen von CDU und SPD wollen eine Reihe von drastischen Verschärfungen, insbesondere abzielend auf den Personenkreis der unter 25-jährigen.

Der Kern dabei ist die Absenkung der Regelleistung von 345 EUR auf 276 EUR für die unter 25-Jährigen. Der Koalition geht es dabei aber nicht nur um die Einsparung von Geld (0,5 Mrd. EUR) (Ziff. 2.6 S. 30 Koalitionsvertrag), ihr geht nach Auffassung vieler Erwerbsloseninitiativen vielmehr dabei um ein strategisches Projekt: Absenkung der Regelleistungen überhaupt.

Dieses Projekt soll zunächst an dem Personenkreis der unter 25-Jährigen durchgesetzt werden. Sie sollen - so die Begründung im Gesetzentwurf nicht mehr "auf Kosten der Allgemeinheit eine eigene Wohnung beziehen bei gleichzeitigem Bezug der vollen Regelleistung" (Begründung zu Nr. 5 Buchstabe c); den Betroffenen sei dies zuzumuten, weil "Jugendliche unverzüglich in eine Arbeit, Ausbildung oder

Arbeitsgelegenheit zu vermitteln sind" (Begründung zu Nr. 6 Buchstabe a).

Der neoliberale Block hatte seit längerem gegen junge Erwerbslose polemisiert. Unterschlagen wurde bei dieser Hetze immer schon, dass die Gleichstellung junger Erwerbsloser nur für den Fall einer abgeschlossenen Erstausbildung möglich ist - ohne gilt und galt die Unterhaltspflicht der Eltern, wo diese finanziell in der Lage sind, dieser nachzukommen. Abgeschafft wird also das Selbstverständliche: Der KFZ-Mechaniker oder die Einzelhandelsverkäuferin haben einen Beruf, bei deren Ausübung sie eigentlich - doch, doch - davon leben können sollten. Dass es die Jobs nicht gibt ist weder ihnen noch ihren Eltern zuzuschreiben, trotzdem soll wieder die Familie erhalten, wo das gesellschaftliche System versagt.

Die Absenkung der Regelleistung bei den unter 25-Jährigen ist gleichzeitig ein Testballon: Bekommen sie es durch oder stößt es auf breiten Protest? Wenn nicht, ist zu befürchten, dass diese Regelleistungssenkung in Zukunft auf alle arbeitsfähigen Leistungsbezieher nach dem SGB II ausgeweitet wird.

Dahinter steht die Absicht, die Regelleistung derart abzusenkern, dass eine Existenzsicherung mit ALG II nicht mehr möglich ist. Damit soll durch Aushungern eine Arbeitsaufnahme erzwungen werden. Wie das auszusehen soll, hat grade der Deutsche Industrie- und Handelskammertag

Leserbrief

Karikaturenstreit

(DIHK) im Februar kundgetan: Es müsse ein Umdenken in der Arbeitsmarktpolitik stattfinden nach dem Grundsatz "Erst Arbeit, dann Transfer". Der DIHK spricht sich für schärfere Zumutbarkeitskriterien und Sanktionen gegen Langzeitarbeitslose aus, die sich weigern, Niedriglohnjobs anzunehmen. Dabei müsse es zumutbar sein, Jobs zu Stundenlöhnen von drei Euro anzunehmen.

Im Gesetzesentwurf stecken noch weitere Schweinereien. So sollen z.B. Partner von Hilfeempfängern voll unterhaltspflichtig werden auch für die nicht von ihnen stammenden Kinder (Nr. 3 bb). Oder: Wenn unter 25-jährige Erwerbslose ohne Zustimmung der Behörde eine Wohnung anmieten, soll die Miete nicht mehr übernommen werden (Nr. 6 a); auch die so genannte Erstaussstattung soll es nur noch geben, wenn die Behörde dem Auszug und der Anmietung zugestimmt hat (Nr. 6 2. Abs.). In der Gesamtheit kann man davon sprechen, dass den unter 25-jährigen ALG II-BezieherInnen bürgerliche Rechte wie Existenzsicherung oder die freie Wahl des Wohnortes mit dem Gesetzesentwurf aberkannt werden sollen. Das alles passiert, obwohl bekannt ist, dass die Regelleistung nicht zu hoch, sondern im Gegenteil viel zu niedrig ist. Selbst der DPWV hat Ende 2005 mit einer Untersuchung belegt, dass die Regelleistung auf mindestens 420 Euro erhöht werden müsste. In einer anderen Untersuchung hat der DPWV die Auswirkungen der zu geringen Regelleistung untersucht, und ist zu dem Ergebnis gekommen: Die Kinderarmut hat in der Bundesrepublik eine historisch neue Dimension erreicht, und ALG II sei "zu wenig für zu viele".

Nur ein breiter Protest kann - nach Einschätzung der Erwerbsloseninitiativen - die Regierungspläne kippen. Und das heißt:

- Keine Regelleistungskürzungen für junge Erwachsene!
- Keine Zustimmungspflicht zum Auszug für junge Erwachsene!
- Keine Aberkennung von bürgerlichen Rechten für junge Erwachsene!
- Weg mit der Unterhaltspflicht für Stiefkinder!
- Statt Schikane, Verfolgungsbetreuung und Ein-Euro-Jobs - versicherungspflichtige Arbeit für Erwerbslose!
- Existenzsichernde Regelleistung von 500 Euro!

Die beabsichtigte Provokation einer dänischen Zeitung mit ihrer Veröffentlichung von Mohammed - Karikaturen fällt schwerwiegender aus als geplant. Arabische Staaten boykottieren dänische Produkte und drohen, Europäern keine Hotelbetten mehr zur Verfügung zu stellen. In der islamischen Welt brennen ausländische Vertretungen, bei Massendemos gegen europäische Unschuldsmienen gibt es Verletzte und Tote. Man sollte nicht glauben, dass sich öffentlichkeitswirksame Proteste auf diesen Teil der Erde beschränken. Jesus Karikaturen mit „gotteslästerlichem“ Inhalt werden auch in christlichen Kreisen zu deutlichen Aktionen führen. Schließlich wird nach § 166 des deutschen Strafgesetzbuchs bestraft, „wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.“

Während die Proteste weiterlaufen, drucken westeuropäische Zeitungen Karikaturen nach. Wer in diesem Zusammenhang das Recht auf „Pressefreiheit“ in den Vordergrund schiebt, vergisst, dass dieses Grundrecht auch Verantwortung umfasst. Weitere Eskalation kann nur durch gegenseitigen Respekt vermieden werden, so wie eine deutsche und eine türkische Zeitung gemeinsam dazu aufgefordert haben. In Dänemark sind weder Aufruf zu öffentlicher Koran - Verbrennung noch zum Boykott muslimischer Gemüseläden befolgt worden. Es mehren sich andererseits aber Symptome, dass statt Siegs der Vernunft bestimmte Kräfte auf weitere Konfrontation bauen. Mit aggressiver Polemik soll die westliche Bevölkerung durch psychologische Kriegsvorbereitung auf einen „unvermeidlichen Militärschlag“ vorbereitet werden.

Hans Steuernagel

Euro!Millionäre in Celle



Wie groß der Reichtum in Celle ist, wie viele wirklich Reiche es gibt, darüber gibt es keine uns bekannte öffentlich zugängliche Statistik oder Untersuchung. Das ist ein faktisches Geheimnis. Dass es ihn gibt, fett, dazu muß man nur mal mit dem Fahrrad durch Boye radeln.

Nach einem Artikel in der Tageszeitung die "Junge Welt" vom 29.12.2005 - die sich wiederum auf die Süddeutsche Zeitung vom 24.12.2004 und die Financial Times Deutschland vom 10.6.2005 und 21.6.2005 stützt - gibt es im Jahr 2004 in Deutschland 760.300 Euro-Millionäre: wohlge-merkt Geldmillionäre, ohne Immobilien, Fabriken oder

Maschinen. Eine erstaunlich hohe Zahl. Bei einer gesamten Bevölkerung von etwa 82 Mio. Menschen ist das ein Prozentsatz von 0,93 %.

Wenn ich diesen Prozentsatz auf die Stadt Celle - als weder besonders reiche noch besonders arme Stadt - runter-rechne, komme ich bei einer Bevölkerung von etwa 72.000 Menschen auf stolze 670 (!) Euro-Millionäre in Celle. Wo leben die nur?

Die 760.300 Millionäre besaßen übrigens im Durchschnitt ein Geldvermögen von 5,361 Millionen Euro; insgesamt ein Geldvermögen von 4076 Milliarden Euro. Wenn man diese Reichen jährlich nur mit 1 Prozent Vermögenssteuer belegen würde, dann Aber lassen wir das.

Zur Geschichte von Bekim und Bafta Morina

Februar 1999. Bafta Fejzulla und Bekim Morina sind am Ziel ihrer Reise: Deutschland. Das Paar ist aus seiner Heimat geflohen, dem Kosovo. Geflohen nach jahrelanger Unterdrückung durch die Serben, die in dem damals zu Jugoslawien gehörenden Kosovo über die Mehrheit der Albaner das Sagen haben. Geflohen während des Bürgerkrieges, in dem Tausende von Kosovaren ermordet wurden, so Bekim

Die beiden stellen in Oldenburg, ihrer ersten Station in Deutschland, beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge einen Asylantrag. Am 4. März 1999 ist die mündliche Anhörung, wo Bafta und Bekim ihre Gründe darlegen, wie sie es noch viele Male tun müssen. Entscheidend sei die Verfolgung durch Extremisten im Kosovo, die alle Albaner, die sie nicht unterstützen, drangsalierten. "Meine Freunde und ich haben uns durch unsere pazifistische Haltung unbeliebt gemacht. Unser Chef wurde ermordet", sagt Bekim Morina, der als Journalist und Schriftsteller für das "Informationszentrum Kosovo" gearbeitet hat. Ihr Leben sei bei einer Rückkehr in Gefahr, da die Extremisten mit Kritikern nicht lange fackeln. Die Behörde glaubt ihnen nicht - sechs Monate später wird der Antrag abgelehnt. Es bestünden keine Abschiebungshindernisse, Bafta und Bekim werden zur Ausreise aufgefordert. Gegen diese Entscheidung legen sie Klage ein.

Inzwischen leben die beiden, die sich beim Studium der Literaturwissenschaft in Pristina kennen gelernt haben, in einer Unterkunft für Asylsuchende in Bröckel. Im Jahr 2000 bekommen sie eine Wohnung in Langlingen zugewiesen. Dort erreicht sie Ende 2001 das Urteil, das ihnen neue Hoffnung gibt: Das Verwaltungsgericht Lüneburg erkennt bei Bekim Abschiebungshindernisse an, da sein Leben im Kosovo bedroht sei. Baftas Klage wird dagegen abgelehnt, auch ihr Berufungsverfahren bleibt erfolglos. Ihr wird eine Frist für die Ausreise bis April 2002 gesetzt. Wären die beiden verheiratet, dürfte Bafta bleiben. "Wir sind doch verheiratet", wundern sie sich und verweisen auf ihre Hochzeit, die im Kosovo wie während der Kriegswirren üblich nach islamischem Glaubensrecht geschlossen wurde. Doch in Deutschland zählen nur standesamtliche Trauungen. 2003 heirateten Bafta und Bekim im Rathaus Wienhausen und die drohende Abschiebung ist damit zunächst vom Tisch.

"Die lokale Ausländerbehörde ist hier recht human ver-

Deutschland schiebt seit kurzem Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Kosovo verstärkt ab. Im Juni hatten die Innenminister aus Bund und Ländern beschlossen, die noch in Deutschland lebenden 50000 Ausreisepflichtigen nach und nach abzuschicken - darunter 38000 Angehörige besonders gefährdeter Minderheiten wie Sinti und Roma. Monatlich sollen 500 Menschen heimgeschickt werden, ab 2006 gibt es keine zahlenmäßige Beschränkung mehr. Der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily und Berlins Innensenator Ehrhart Körting (beide SPD) hatten ein Bleiberecht für Kinder und ihre Eltern vorgeschlagen, wenn sie mindestens sechs Jahre in Deutschland leben und nicht Sozialhilfe beziehen. Die Innenministerkonferenz lehnte dies im Juni ab.

fahren, denn sie hat bis zur Heirat stillgehalten. Grundsätzlich muss man sagen, dass die Ausländerämter der Kommunen nur das ausführen, was von Gerichten und Behörden festgelegt wird. Wie konsequent sie dabei vorgehen und in welchem zeitlichen Rahmen die Ausreisepflicht durchgesetzt wird, das hängt vom einzelnen Sachbearbeiter ab", sagt Rechtsanwalt Gert Kuntze. Er ist im Büro der Oberricklinger Rechtsanwälte in Hannover auf Ausländerrecht spezialisiert und hat viele Tausend Asylsuchende vor Gericht vertreten. Bekim Morina ist aus seiner Sicht unter den in Deutschland lebenden Kosovaren ein Sonderfall. "Heute werden aus dem Kosovo nur noch Invaliden und Menschen mit posttraumatischen Belastungen in Deutschland wegen Abschiebungshindernissen belassen. Alle anderen sind bereits abgeschoben oder die Verfahren zur Abschiebung sind eingeleitet, selbst wenn sie länger als zehn Jahre in Deutschland leben", so Kuntze. Bekim gehöre dagegen zu den wenigen, die eine Verfolgung nachweisen konnten.

Ein Sonderfall in zweifacher Hinsicht: 2003 erhält Bekim von der RWLE Möller Stiftung in Celle ein Stipendium, damit seine Gedichte in die deutsche Sprache übersetzt und hier veröffentlicht werden können. Er und seine Frau können mietfrei in der Wohnung der Stiftung in Celle leben und sie bekommen ein Taschengeld. Damit sind sie nicht mehr auf öffentliche Leistungen angewiesen. "Das Stipendium war ein Rettungsanker. Nur dadurch war es für Bafta möglich, eine Aufenthalts- und eine Arbeitserlaubnis sowie eine Stelle zu bekommen und sich damit dauerhaft eine Perspektive in Deutschland aufzubauen", betont Kuntze.

Der Arbeitskreis Ausländer gibt im März eine 36-seitige Broschüre heraus, in der Probleme und Schicksale von Flüchtlingen in Celle beschrieben werden. Gewissermaßen als Vorabdruck dokumentieren wir den Artikel zur Geschichte von Bekim und Bafta Morina. Die Broschüre kann man beim Diakonischen Werk, Fritzenwiese 9, bekommen oder in internet als download unter: http://www.nds-fluerat.org/Dokumente/Fluechtlinge_in_Celle_.pdf

Trotz anerkannter politischer Verfolgung und dem Verzicht auf öffentliche Gelder beginnt das Zittern im Oktober 2003 von neuem. In diesem Monat widerruft das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im Fall Bekim Morina ihren eigenen Bescheid über die Anerkennung der Abschiebungshindernisse. Kuntze: "Das Bundesamt, das dem Innenministerium untersteht, hat sich nicht die einzelnen Akten angeschaut, sondern pauschal argumentiert: 'Es besteht im Kosovo keine Verfolgung durch die Serben mehr, also gibt es auch keinen Grund mehr für Abschiebungshindernisse.'" Bekim klagt gegen das Bundesamt und muss mehr als ein Jahr warten, bis Anfang 2005 das Verwaltungsgericht Lüneburg den neuen Bescheid des Bundesamtes aufhebt und seine bisherige Entscheidung bestätigt.

Damit gilt wieder das Abschiebungshindernis. Bafta (31) und Bekim (33) haben derzeit eine befristete Aufenthaltserlaubnis. Durch das von der rot-grünen Bundesregierung verabschiedete Aufenthaltsgesetz können sie eine Niederlassungserlaubnis beantragen, weil sie inzwischen länger als fünf Jahre in Deutschland leben. Darauf haben sie Chancen, wenn sie keine öffentlichen Leistungen in Anspruch nehmen, über ausreichende Einnahmen verfügen und ihre Wohnung groß genug ist - und wenn sie bereits fünf Jahre sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben. Eine Einbürgerung ist nach acht Jahren möglich.

Trotz dieser verbesserten Bedingungen bewertet Kuntze das neue Gesetz kritisch: "Das Gesetz sollte gerade denjenigen einen besseren Status bringen, die lange hier leben. Doch das ist nicht passiert. Es werden weiter Familien abgeschoben, deren Kinder in Deutschland aufgewachsen sind und die die Muttersprache ihrer Eltern kaum oder gar nicht sprechen."

Gerade in Niedersachsen habe sich die Situation seit der Regierungsübernahme durch die CDU/FDP-Koalition verschärft. Erlasse seien so verändert worden, dass Ausländer nicht mehr über den Termin ihrer bevorstehenden Abschiebung unterrichtet werden müssen. "Einige Kreise machen dies noch, andere nicht mehr. Früher war dies vorgeschrieben", sagt Kuntze. Nach seiner Erfahrung haben Asylsuchende dann bessere Chancen bei den Behörden, wenn sie von deutschen Helfern unterstützt werden. "Dabei ist es wichtig, dass die Unterstützer rechtliche Kenntnisse haben und nicht nur moralisch auftreten."

Seine eigenen Möglichkeiten sieht er zunehmend begrenzt: "Wir sind nur noch Feuerwehr und versuchen das Schlimmste zu verhindern. Man weiß nie, ob ein Mandant, der bei mir einen Termin hat und nicht erscheint, nicht schon längst abgeschoben wurde."

Joachim Göres

Elefantenhochzeit: ECE geht mit Karstadt

Ziemlich überraschend war Anfang März die Nachricht, dass ECE und Karstadt nun gemeinsam planen. Als "Trauzeuge" dieser Elefantenhochzeit gab sich Oberbürgermeister Biermann zu erkennen. Hintergrund dieser Entwicklung scheint u.a. zu sein, dass das von ECE präferierte Gelände Alte Feuerwache unter denkmalschützerischen Gesichtspunkten Probleme aufwirft. Jetzt soll das großflächige Einkaufszentrum auf Flächen zwischen Bergstraße und Südwahl entstehen, die Karstadt gehören.

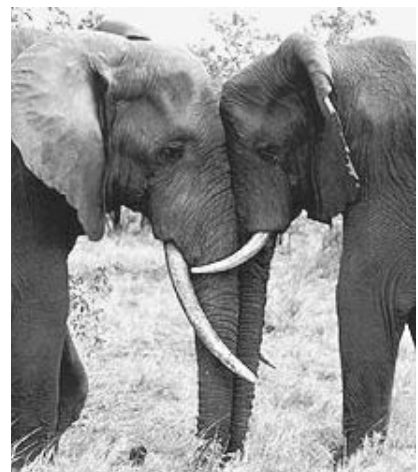
Als Alternative zu ECE/Karstadt plant die so genannte Zentro-Gruppe aus Celler Kaufleuten zusammen mit dem potenziellen Investor Düsseldorfer ITG. Besonders ernst scheint es den Planern und Investoren nicht zu sein. Im Februar begann eine große Jammerei um erforderliche Planungskosten; 40000 Euro bewilligte der Verwaltungsausschuss der Stadt Anfang März, damit die Architekten der Gruppe überhaupt weiterarbeiten konnten. (Vielleicht war's ja auch nur eine clevere Abzocke - aber wer tatsächlich investieren will, sollte doch in der Lage sein, einige zehntausend Euro aufzubringen; das hat das ECE für Anzeigen in der CZ und im Kurier ausgegeben.)

Die CZ als wichtigster Meinungsmacher vor Ort hat inzwischen die Seiten gewechselt. War man am Anfang mit Feuer auf ECE-Seite, schwenkte man mittlerweile um. Jetzt jeden-

falls redet man der "Vision einer etwas anderen Innenstadt" das Wort, findet Dezentralität und Überdachung ganz toll - also das "Konzept" der Zentro-Gruppe.

Die Verwaltungsspitze mit Biermann und Gonell hat sich eindeutig für ECE/Karstadt positioniert. Nach Gonell stehe das Gelände für ITG überhaupt nicht zur Verfügung. Die Zentro-Planungen werden höchstens noch als komplementär angesehen.

Die SPD steht scheinbar geschlossen hinter dem Oberbürgermeister, Bündnisgrüne und FDP schielen dagegen auf die Stimmen des Einzelhandels. Bei der CDU ist die Stimmung diffus, "lautstarke" Teile der CDU, die in der CZ eine Plattform finden, haben sich inzwischen eindeutig auf die Seite des etablierten Einzelhandels gestellt.



Celler Sozen für mehr Ein-Euro-Jobs

In ihrem Programmentwurf für die Kreistagswahl 2006 "GEMEINSAM MEHR BEWEGEN." fordert die SPD mehr Ein-Euro-Jobs und die Übertragung der Arbeitsverwaltung auf den Landkreis. Erwerbslose können angesichts der "tollen" Erfahrungen, die sie mit dem Landkreis gerade machen, nur hoffen, dass die SPD weiterhin soviel "bewegt" wie bisher; hier die entsprechenden Programmpassagen: "Für uns Sozialdemokraten gibt es jedoch eine klare Perspektive: Sobald eine neue Entscheidung über die künftige Arbeitsmarktpolitik in der Region Celler ansteht, sehen wir gute Chancen für ein so genanntes Optionsmodell. Wir wollen eine wohnortnahe Arbeitsvermittlung ermöglichen und dabei alle Hilfen auf eine Hand konzentrieren. Das geht nur, wenn Arbeitsvermittlung und Sicherung von Unterkunft und Lebensunterhalt beim Landkreis konzentriert werden. ... Um jungen Menschen und Langzeitarbeitslosen neue Chancen zu ermöglichen, setzen wir uns für die Schaffung von mehr Arbeitsgelegenheiten und einer besseren Qualifizierung im Bereich des Landkreises, der Kommunen und der freien Wohlfahrtsverbände ein."

Schloss theater unter Spardruck

Das Celler Schloss theater muss künftig mit weniger Geld auskommen. Das Land Niedersachsen will bis 2011 seinen Zuschuss in den kommenden Jahren nicht an steigende Kosten anpassen - und auch Stadt und Landkreis Celler als die beiden anderen Subventionsträger sehen keinen Spielraum bei ihren Zuschüssen.

Bisher erhält das Celler Schloss theater vom Land einen jährlichen Zuschuss von 1 Million Euro, Stadt und Landkreis fördern das Theater mit je 950.000 Euro. Der Theaterverein als Träger des Celler Schloss theaters erwägt für die kommenden Spielzeiten

sowohl eine Angebotsreduzierung wie auch die Erhöhung der Kartenpreise.

Jeder einzelne Theaterbesuch wird trotz der relativ guten Auslastungsquote in Celler mit 39,44 Euro bezuschusst. Bei den anderen kommunalen Theatern in Niedersachsen sind die Betriebskostenzuschüsse pro BesucherIn sogar noch höher. In Lüneburg 56 Euro, in Göttingen 86 Euro, in Hildesheim 89 Euro und in Osnabrück sogar 101 Euro.

Ostumgehung

Frühestens im Spätsommer ist mit einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg zu den gegen den ersten Bauabschnitt der Ostumgehungstrasse eingereichten Klagen zu rechnen. Trotzdem verzichtete die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr nicht darauf, schon vorher auf der geplanten Trasse Bäume zu fällen. Annegret Pfützner von der Initiative "Im Interesse Aller" kritisierte, dass hier mit der Säge versucht werde, vollendete Tatsachen zu schaffen."

Klagewelle

Gegenüber dem Vorjahr hatten die Sozialgerichte in Niedersachsen einen 30 %-igen Anstieg der Verfahren zu verzeichnen. Zurückzuführen ist diese Klagewelle auf die Einführung der Hartz IV-Gesetze. Beim Landessozialgericht (LSG) Niedersachsen-Bremen in Celler wurde deshalb die Zahl der Richterstellen von 31 auf 41 aufgestockt. Dass Niedersachsen im Bundesvergleich hervorsteicht führt die Präsidentin des LSG, Monika Paulat, darauf zurück, dass die Leistungsträger "nicht gründlich und ordentlich genug arbeiten". Ein Grossteil der Verfahren werde zugunsten der Kläger entschieden.

CE-OB 1

Einem "Reifenstecher" hatte es Ende Januar der Dienstwagen von Oberbürgermeister Dr. h.c. Martin

Biermann mit dem Kennzeichen CE - OB 1 angetan. Ob Oberbürgermeister Dr. h.c. Martin Biermann den kaputten Reifen dann selbst gewechselt hat, wurde nicht bekannt.

Initiative gegen Gaspreise

Gegen die drastischen Gas- und Strompreiserhöhungen durch den lokalen Energieversorger SVO hat sich eine Protest-Initiative gegründet, der neben Horst Stöbe als Sprecher auch Hans-Erich von Bodenhausen angehört, den man bisher zumeist als Vertreter von Gruppierungen im schwarz-braunen Rand erlebte. Die Initiative erfuhr, wie der Presse zu entnehmen war, Zuspruch und interessierte Nachfragen von einigen hundert VerbraucherInnen. Konkret wurde ein Widerspruchsschreiben entwickelt, mit dem die SVO aufgefordert wurde, ihre Kalkulationsgrundlagen offen zu legen. Im übrigen wurden, dann in Celler auch in ähnlicher Form von WASG und attac, Vorschläge entwickelt, wie mit einem Teilboykott der Preiserhöhungen Druck auf den lokalen Energieversorger gemacht werden kann.

Streik im Öffentlichen Dienst

Die Gewerkschaft ver.di hatte am 1. Februar 2006 ihre Mitglieder zu einem eintägigen Streik gegen die von Arbeitgeberseite angestrebte Arbeitszeitverlängerung aufgerufen. Rund 300 Beschäftigte, insbesondere aus der Stadtverwaltung, dem Abfallzweckverband und dem Krankenhaus beteiligten sich am Streik. Vom Streiklokal, das den ganzen Tag über im Bunten Haus geöffnet war, ging es in einer Demonstration zum Alten Rathaus. Dort sprachen sich der Personalratsvorsitzende der Stadtverwaltung, Werner Schenkemeyer, und der ver.di Tarifkoordinator Lutz Kokemüller gegen die beabsichtigte Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 40 Stunden aus. Sie hoben hervor, dass

durch eine derartige Arbeitszeitverlängerung allein in Niedersachsen bis zu 7000 Arbeitsplätze abgebaut werden könnten. Und sie kritisierten die Pläne der Arbeitgeber als massiven Lohnraub. Die Stimmung im Streiklokal und während der Demonstration war ausgesprochen kämpferisch, auch wenn sich z.B. aus der Verwaltung des Landkreises Celle kaum Beschäftigte beteiligten. Den Beschäftigten im Celler Finanzamt soll der "Dienstherr" ziemlich direkt für den Fall einer Teilnahme gedroht haben.

"Wir sind Angola"?!

Der Standortidiotismus treibt immer absurdere Blüten. Nachdem sich die Fußball-Auswahlmannschaft von Angola entschieden hat, ihr Quartier während der Fußball-WM in Celle aufzuschlagen, übernahm die Tourismus Region Celle kurzzeitig das von der CZ in die Welt gesetzte Motto "WM-Standort Celle - Wir sind Angola". Wie üblich geht es um die "einmalige Chance zur Selbstdarstellung" und den ganzen anderen Standortquatsch. Wie üblich verzichtet man bei diesem BILDungsnahen Geschrei auf jeden Gedanken; z.B. daran, dass Armee und paramilitärische Polizei von amnesty international wiederholt gewalttätiger Übergriffe auf Demonstrationen und Kundgebungen beschuldigt wurden. - Wie in der Lokalbeilage von ASPHALT berichtet, wurde der Spruch dann aber auf Betreiben des Celler Sportamtschefs Bernd Nitsche gekippt.

Briten bleiben

Im Zuge der Umstrukturierung der in Deutschland stationierten britischen Truppen wurde im Januar bekannt, dass die Kaserne an der Hohen Wende weiterhin genutzt werden soll. Im kommenden Jahr sollen allerdings statt der Royal Fusiliers (bekannt durch ihr Treiben im Irak) durch das 2. Bataillon des Royal Anglian Regiments ("leichte Infanterie") ersetzt werden. Bevor es nach Celle verlegt wird, steht den

Soldaten noch ein sechsmonatiger Einsatz in Afghanistan bevor. Oberbürgermeister Dr. h.c. Martin Biermann freute sich, dass die Trenchard Barracks von einem Leerstand verschont bleiben. Ein erneutes "Freedom of the City"-Spektakel steht deshalb wahrscheinlich für 2007 ins Haus.

Lühmann gegen Wiswe

Nach dem Willen des Unterbezirksvorstands der SPD soll die 41-jährige Polizistin Kirsten Lühmann aus Hermannsburg bei den Landratswahlen im September gegen den Amtsinhaber Klaus Wiswe antreten. Die SPD-Politikerin soll im März von einem kleinen Parteitag endgültig nominiert werden.

Schaa wieder REP

Das Ratsmitglied Klaus Schaa, an dessen rassistischen und antisemitischen Ausfall im Stadtrat im Dezember 2004 hier nochmal erinnert sei, hat wieder ein Parteibuch der "Republikaner". Schaa, der vor knapp fünf Jahren auf der Liste der Partei sein Mandat gewonnen hatte, war zwischenzeitlich lange "parteilos". Nachdem seine Versuche, bei der CDU unterzukommen, nicht erfolgreich waren, kehrte er jetzt zurück. Er will sich für die Neugründung eines Kreisverbandes einsetzen, nachdem dieser durch Austritte und Wechsel von ihm tragenden Personen zum NPD-nahen "Sozialpatriotischen Bündnis" nicht mehr existent war.

Gedenkstättenstiftung zieht um

Die Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten wird im Jahr 2007 vom jetzigen Standort im ehemaligen Arbeitsamtsgebäude in der Welfenallee umziehen in Thaers Herrenhaus an den Dammaschwiesen. Der Bau wird von der Stadt Celle für rund 1,45 Millionen

Euro passgerecht für die Stiftung renoviert. Kein Problem war für die Einrichtung, die sich speziell mit Verfolgung und Widerstand in der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigt, dass in dem Gebäude zwischen 1938 und 1945 ein so genanntes SS-Heim untergebracht war. - Erstaunlich ist aber schon, dass die Stadt Celle so einfach mal 1,45 Millionen Euro für die Unterbringung einer Landesstiftung erübrigt. Die Miete wird's kaum rentabel machen.

Initiativkreis Rosa-Luxemburg-Club Celle gegründet

Zur Förderung politischer Kultur und Bildung im Raum Celle haben engagierte Linke aus verschiedenen Spektren am 9. Februar 2006 einen Initiativkreis Rosa-Luxemburg-Club Celle gegründet. Der Initiativkreis lehnt sich organisatorisch an die Rosa-Luxemburg-Stiftung an, die international "das Engagement für Frieden und Völkerverständigung, für soziale Gerechtigkeit und ein solidarisches Miteinander" unterstützt. Wir planen pro Halbjahr drei Veranstaltungen, durchaus in Kooperation mit anderen Gruppen und Initiativen. Im ersten Halbjahr 2006 wird es folgenden Veranstaltungszyklus geben:

21.04.2006: Dr. Christoph Spehr (Bremen) - Matrix und Revolution.

Diese Veranstaltung wird flankiert von einer Videopräsentation der "Matrix-Triologie" im Kino Achteinhalb am 16.04. ab 18 Uhr.

19.05.2006: Prof. Dr. Rolf Bertram (Göttingen) - Eine umweltfreundliche und sozialverträgliche Lösung des Energieproblems ist möglich und nötig.

23.06.2006: Reinhard Rohde (Celle) - Zur Geschichte neuer sozialer Bewegungen in Celle.

Beginn jeweils um 19.30 Uhr, jeweils im Bunten Haus.

Vorschläge für Veranstaltungen und workshops nehmen wir gern entgegen; Kontakt: pstermbiel@aol.com - das nächste Treffen ist am 11. Mai, 20 Uhr im Bunten Haus; mehr Infos unter www.rlc-celle.de

Neulich im Kapitalismus

(oder Fressen die Kleinen einmal die Großen?)

Im Jahre 1996 antwortete Phil Knight, seinerzeit chief executive officer beim Sportausstatter NIKE auf die Frage nach den Arbeitsbedingungen bei den koreanischen und chinesischen Arbeitern der entsprechenden Zuliefer-Firmen: "Das liegt nicht in meiner Verantwortung".

Ein schwerer Fehler. Globalisierungsgegner und weiße amerikanische Mittelschichtler, die Hauptkunden des Klamotten-Giganten, reagierten auf das rote Tuch. Ein Konzern, der keine Probleme damit hatte, mit dem Sportstar Michael Jordan einen 45 Mio-Dollar-Jahres Werbevertrag abzuschließen und gleichzeitig einem chinesischen Arbeiter 0,0001 % dieser Summe als Jahresgehalt zu zahlen, kam in eine Legitimationskrise. - das compliance-Geschäft ward geboren; - Multinationale jeglicher Couleur betreiben seither eifrige Geschäfte mit Agenturen und Leuten, die den Job haben, der geneigten Öffentlichkeit einigermaßen akzeptable Arbeitsbedingungen zu präsentieren, falls einmal eine kritische Delegation einschlägige Werke in Fernost besichtigen wollte.

Compliance agents müssen pffiffige Leute sein; sie müssen Spuren legen und verwischen können und sie müssen die Gegebenheiten vor Ort gut kennen. Es gibt in Asien keine Schilder an irgendwelchen Fabriken, an denen "Wir nähnen/arbeiten für XY" geschrieben steht. Traditionell werden Aufträge eher mündlich erteilt, Faxnummern verschwinden, Fabriken werden hochgebaut und wieder abgerissen, ganze Produktionszweige verlagert. Und eine E-Mail Adresse ist keine Postanschrift.

Der Kapitalismus wäre nicht der Kapitalismus: - die counter-compliance ward bald geboren. Die pffiffigsten Leute hatten nun die Seiten gewechselt. Kritische Delegationen werden bewusst gesucht und umgeleitet: eine Inszenierung beginnt: Eine schicke Halle erhält eine freundliche Beleuchtung, neue Maschinen und höfliche, des Englischen nicht mächtige MitarbeiterInnen werden eingestellt. Ist die Delegation weg, verschwindet die hübsche Schwitzbude wieder im Nichts.

Dies Raffinement hat einen Nebeneffekt: Als Beispiel der Hogwarts Express aus Guangdong, Fabrik No VI. : Die Firma Hornby in England hat -ähnlich wie Märklin in Deutschland- eine jahrzehntelange Tradition zunächst in der Herstellung von Metallbaukästen und später von Modelleisenbahnen für das groß-bürgerliche Spielzimmer. Man kam in die Krise.

Aber konnte so ein Traditionsprodukt wirklich im fernen Asien vorgefertigt werden, damit die heimische Produktion kostengünstiger wurde? Es konnte. War es gar denkbar, die gesamte Produktion und sogar die Entwicklungsabteilung auszulagern? Es war. Die Modelle wurden höchsten Ansprüchen an dieses ureuropäische Produkt gerecht.

Hornby war's zufrieden; man übernahm den spanischen Marktführer; 2004 einen italienischen Traditionsbetrieb. Alle wurden aus der gleichen Fabrik beliefert.



Bleibt die Frage: aus welcher Fabrik? Wem gehört die? Und: wo liegt sie?

Einige 50 Kilometer sind es von Hongkong nach Norden zur ehemaligen Grenzstadt

Shenzen; hinter diesem Städtchen mit 5 Mio. Einwohnern beginnt die am schnellsten wachsende Industrie-Region des Planeten - die Provinz Guangdong. In diesem Landstrich werden gegenwärtig 2/3 aller Kopierer, Mikrowellenherde, DVD-Player und Schuhe, die Hälfte aller Digitalkameras und 40 % aller PCs weltweit hergestellt.

Heute hat Guangdong so viel mit den klischeehaften Bretterbuden von vor 30 Jahren gemein, wie es das Manchester von 1840 mit dem agrarischen England d. 18. Jahrhunderts hatte. Dennoch ist es ein Ort, über den Engels befinden könnte: "..., dass der soziale Krieg, der Krieg aller gegen alle, hier offen erklärt ist." Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: der zweite thermodynamische Satz des Kapitalismus ("Profit-Sucht-Profit") ist auch hier nicht außer Kraft gesetzt, aber es hat offenbar eine Beschleunigung der Verhältnisse stattgefunden, über die man sich noch nicht überall im Klaren zu sein scheint.

Was machen denn nun unsere Modelleisenbahnen?

Die gute, alte (westliche) Firma Hornby besitzt an keiner Fabrik in Guangdong noch irgendwelche Anteile, ihr einziges echtes "Betriebskapital" ist Name und Anschrift der chinesischen Partner.

Herr Wang, aus Guangdong, mensch könnte ihn als counter-compliaier bezeichnen, sagt: "Früher waren wir nur Zulieferer; Montage und Bemalung fanden in Europa statt, heute fertigen wir einen Großteil der Weltproduktion führender Modell-Eisenbahn Marken hier. Den Hornby-Leuten gefällt das überhaupt nicht.." Doch die könne er beruhigen: die Modelle der größten Konkurrenten fertigen seine Leute in anderen Hallen.

Wenn diese dünnen west-östlichen Fäden einmal reißen, dann sieht es aber düster aus bei den "Großen" in Frankfurt, London und New York. GEPUNKT



Ein Meisterwerk der Verdrängung



Hartmannshausen, einige Häuser und ein Reiterhof, liegt an der Meiße, am Rande des Truppenübungsplatzes Bergen-Hohne und weniger als vier Kilometer vom ehemaligen KZ Bergen-Belsen entfernt.

Hierher kommt 1945 mit seinen Eltern und seinem Bruder der damals achtjährige Reinold Köhne aus Belsen.

In seinem Buch „Düt un dat un'n beten taun smunzeln“ schreibt er in gestochener, gewöhnungsbedürftiger Handschrift über seine Kindheit: Vom Spielen an der Meiße, der Landarbeit mit Ochsen, dem Pilze- und Beerensammeln mit dem Vater, dem Torfstechen, dem Schnapsbrennen, ergänzt durch Döneken, Erzählungen über lustige Begebenheiten. Das alles ist mit zehn Zeichnungen nett dekoriert.

Nun frage ich mich: 1945? Kriegsende? Bergen-Belsen? KZ? Befreiung durch die Engländer - Ist das alles an Hartmannshausen spurlos vorbeigegangen? Wurde da niemand zur Hilfeleistung ins Lager oder die Kasernen geholt?

Fast. Das Geschehen um die Befreiung des KZs Bergen-Belsen durch die britische Armee wird in einem (tendenziösen) Satz abgehandelt: „Es verging bald kein Tag, an dem nicht die plündernden Banden der freigelassenen KZ-Insassen unser neues Zuhause aufsuchten. Es war aber auch reinweg nichts vor ihnen sicher und jeder Mitbewohner bangte um sein Leben.“ (Seite 1). Die Briten tauchen mehrfach als „unsere Besatzer“ auf, und der Vater „arbeitete ... als Küchenhilfe bei unseren Besatzern, den Engländern, in Gudehausen“ (Seite 45).

Der Krieg wird schon erwähnt, aber eben nicht der 2. Weltkrieg, sondern der 1. und die Soldaten aus Celle sogar mit

einer Zeichnung verherrlicht:

„Dat wär'n se, - de olen Haudegen von'n Heideregiment No. 78.“ (Seite 60) Und die alten Bauern schwadronieren vom Leben 1914 bis 1918 in Frankreich und Russland.

Über 60 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges und der Befreiung des KZs Bergen-Belsen wäre eine objektivere Erinnerungsarbeit möglich gewesen: Die meisten Überlebenden des KZs waren viel zu schwach, um plündern zu können, die Briten verhinderten auch das Verlassen des Lagers, um die Ausbreitung von Seuchen zu vermeiden - so wird es sich hier wohl eher um befreite Zwangsarbeiter gehandelt haben, die sich für die unmenschliche Behandlung als Sklavenarbeiter rächten. Auch ein Achtjähriger wird vom Kriegsende - ich selbst habe es im gleichen Alter bei Hodenhagen erlebt und erinnere mich genau daran - und vom Konzentrationslager erfahren haben, vor allem, wenn er mit seiner Familie Belsen („auf Geheiß der Besatzungsmächte“ Seite 1) verlassen musste. Aber das gehört eben zur „guten alten Zeit“: Das Idyllische bleibt in der Erinnerung, die Döneken, die heile Natur mit Pilzen und Beeren, die kuscheligen Mooshütten, das einfache Leben - aber das, was damals Realität war und sicherlich überall Gesprächsstoff, wird systematisch verdrängt oder bewusst vergessen.

So passt das Büchlein in die Landschaft um den Truppenübungsplatz und das ehemalige KZ Bergen-Belsen: Nichts gesehen, nichts gehört und niemand hat drüber gesprochen. Da „smunzele“ ich nicht, sondern ärgere mich!

Reinold Köhne: Düt un dat un'n beten taun smunzeln, Groß Qesingen: Druckhaus Harms, 2005, 64 Seiten, 16,00 EURO.

Julius H. Krizsan

TERMINE

Fr. 31.03.2006, 20:30 Uhr

Kino achteinhalb, Hannoversche Str. 30
Film: „Alles was ich an euch liebe“
Eine spanische Jüdin präsentiert ihrer mittelständischen Familie ihren Verlobten, wobei es für die jungen Leute ausgemachte Sache ist, dass dessen palästinensische Herkunft nicht angesprochen wird.
Eintritt: 4,50 Euro

Fr. 31.03.2006, 19:00 Uhr

UJZ Korn, Kornstr., Hannover
Waste Your Time On Punkrock
Peahead (Punkrock aus Hannover), 2nd Choice (Punkrock aus Bielefeld), Fecal Matter (Grunge aus Hessen), Maybe

Fine (Skapunk/Punkrock aus Bad Nenndorf), Annex5 (punk'n'roll aus Hannover), KASA (punkrock aus Hannover)
Eintritt unbekannt

Sa. 01.04.2006, 19:00 Uhr

CD-Kaserne, Hannoversche Str. 30
Currywurst und Ewigkeit - Kabarett mit Hans Scheibner
Eintritt: 17,00 Euro

So. 02.04.2006, 11.30 Uhr

Boman-Museum
Ausstellungseröffnung Silke Schatz:
Radical Self - Wurzelkind
Die international renommierte, in ihrem

Geburtsort Celle aber noch weitgehend unbekannt Künstlerin Silke Schatz, deren Werk mit dem niedersächsischen Kunstförderpreis 2005 geehrt worden ist, möchte auf ihren autobiografischen Spuren ein Porträt der Stadt Celle anfertigen.

Fr. 07.04.2006, 19:30 Uhr

CD-Kaserne, Hannoversche Str. 30
Celle Rock City Festival
The Excrementory Grindfuckers (Grindcore), Drone (Trash Metal), Sumon Garter (Melodic Death-Metal), Risin Drama (Punk Rock), Amply Fire (Metal)
Eintritt: 5,00 Euro

TERMINE

Fr. 07.04.2006, 19:30 Uhr

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30 f.
"Das Massaker vom 8. April 1945 - Geschichte und Erinnerungspolitik in Celle". Vortrag von Reinhard Rohde. Eintritt frei.

Fr. 07.04.2006, 20:30 Uhr

Kino achteinhalb, Hannoversche Str. 30
Film: "Wie im Himmel"
Der international renommierte Dirigent Daniel beendet nach einem körperlichen Zusammenbruch seine Karriere und zieht sich in das Dorf seiner Kindheit in Nordschweden zurück.
Eintritt: 4,50 Euro

Sa. 08.04.2006, 12:00 Uhr

Triftpark / Mahnmal
Kranzniederlegung des Antifaschistischen Bündnisses zum Gedenken der Opfer vom 08. April 1945

So. 09.04.2006, 11:00 Uhr

Stadtrundgang "Celle im Nationalsozialismus", Treffen: Synagoge (Im Kreise)

So. 16.04.2006, 18:00 Uhr

Kino achteinhalb, Hannoversche Str. 30
Videopräsentation der "Matrix-Triologie"
Eintritt frei

Fr. 21.04.2006, 19:30 Uhr

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30 f.
Dr. Christoph Spehr (Bremen): Matrix und Revolution; Vortrag zum Thema "Scienc Fiction im Film" und moderne Gesellschaftstheorie.
Veranstalter: Initiativkreis Rosa Luxemburg Club Celle.
Eintritt frei.

Di. 25.04.2006, 19:30 Uhr

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30 f.
30 Jahre Lutterloh - 20 Jahre Tschernobyl - 10 Jahre Castor, Talk-Runde zum 20. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl mit Vertretern Celler Anti-AKW-Initiativen. Dabei soll es um einen Rückblick auf die Geschichte der lokalen Bewegung gehen.
Veranstalter: Celler Forum gegen

Atomenergie. Eintritt frei.

Mi. 26.04.2006, 16:00 - 18:00 Uhr

Innenstadt
Info-Aktion zum 20 Jahrestag von Tschernobyl. Veranstalter: Celler Forum gegen Atomenergie.

Fr. 28.04.2006, 22:00 Uhr

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30 f.
Cellebration, the big rewind - drum'n bass
DJ's: Freak - Timeless - Hannover, Escalade - Steppin' Forward - Hannover Phunkee - Supahsonic - Bremen, Dirt - Up'n coming - Hannover, Docta - Dic - Celle, Rebell - Ucon / Cellkern 29 - Celle, Basil - Emc - Winsen, Freez 323 Simple 3 - Celle
MC's: Benski - Steppin' Forward - Hannover, Mex-E - One Nation- Celle Stunnah - Supahsonic - Celle
Eintritt 5.- Euro

So. 30.04.2006, 10:00 Uhr

Radtour von Eschede nach Lutterloh (ehem. WAA-Gelände - und vielleicht wieder künftiger Endlagerstandort?); Treffpunkt: Eschede, Bahnhof; ab 12 Uhr: Ornithologische Führung.

Sa. 06.05.2006, 19:00 Uhr

CD-Kaserne, Hannoversche Str. 30
Herzen in Terzen mit ihrem Programm: „Wo bitte geht's zur Mitte?“
Eintritt: 12,00 Euro

Fr. 19.05.2006, 19:00 Uhr

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30 f.
Vortrag zu Gefahren der Atomwirtschaft und den Alternativen von Prof. Dr. Rolf Bertram aus Göttingen
Veranstalter: Initiativkreis Rosa Luxemburg Club Celle.
Eintritt frei.



Ständige Termine:

Attac-Plenum

Jeden. 1. und 3. Do. im Monat
19.30 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie,
Spörckenstr. 63

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstrasse 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr

Sa: 10 -13 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne
hinten links Halle 12)
Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:

jeden Mi. ab 19 Uhr

Antifa-Café:

jeden 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

KDV-Beratung

jeden Do., 17-19 Uhr

Erwerbslosenini Celle

Individuelle Hilfe bei Problemen mit dem ALG II
jeden Do., 17-19 Uhr

Rick's Café

Café-Termin von und für MigrantInnen
2. und 4. Di. im Monat 16 - 19 Uhr

Plenum

jeden Do. 19 Uhr

Volxküche

jeden So. 18 Uhr

Forum gegen Atomenergie

jeden 1. Di. im Monat, 20.00 Uhr

Social Forum Celle

Jeden 2. + 4. Do. im Monat,
20.00 Uhr